Nr. 31. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unser Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 1. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Verschärfter U-Bootkrieg.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Note an die Vereinigten Staaten.

Berlin, 31. Januar 1917. Der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ist heute die folgende Note übermittelt worden:

Berlin, den 31. Januar 1917. Eure Exzellenz haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. d. M. von der Botschaft Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den amerikanischen Senat gerichtet hat. Die Kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Botschaft mit ernster Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, die den von hohem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zukommt. Es gereicht ihr zu großer Genugtuung, festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutsamen Kundgebung in weitem Umfange mit den Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennt. Hierzu gehört an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen; in Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es aufrichtig begrüßen, wenn Völker, wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangten. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben und in ein Netz eigennütziger Intrigen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine freudige Mitarbeit allen Bemühungen gesichert, die auf die Verhütung künftiger Kriege abzielen. Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Bestand und den friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört.

Um so tiefer beklagt es die Kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen. Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten und hatten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwickelungsfreiheit ihrer Völker bezeichnet. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Zerschmetterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Ueberzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar. Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmherziger Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen zuvor erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absichten gelegen habe. Deutschland wollte in dem mit Belgien zu schließenden Frieden lediglich Vorsorge dafür treffen, daß dieses Land, mit dem die Kaiserliche Regierung in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von den Gegnern nicht zur Förderung feindlicher Anschläge ausgenutzt werden kann. Solche Vorsorge ist um so dringender geboten, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und namentlich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz unverhüllt die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland auch nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen.

An der Eroberungssucht der Gegner, die den Frieden diktieren wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstückeln und zu entehren. Dem Versöhnungswunsch stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs äußerste.

So ist eine neue Sachlage entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt. Seit zwei und einhalb Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechts unterbindet die von England geführte Mächtegruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner; durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharrt bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So häuft britische Herrschsucht kalten Herzens die Leiden der Welt unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Proteste der schwer geschädigten Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen. Jeder Tag, den das furchtbare Ringen andauert, bringt neue Verwüstungen, neue Not und neuen Tod. Jeder Tag, um den der Krieg abgekürzt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferer Kämpfer das Leben und ist eine Wohltat für die gepeinigte Menschheit.

Die Kaiserliche Regierung würde es vor ihrem eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte sie gehofft, dieses Ziel durch Verhandlungen zu erreichen. Nachdem der Versuch zur Verständigung von den Gegnern mit verschärfter Kampfansage beantwortet worden ist, muß die Kaiserlichen Regierung, wenn sie in höherem Sinne der Menschheit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem aufgedrungenen Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortführen. Sie muß daher auch die Beschränkungen fallen lassen, die sie sich bisher in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt hat.

Im Vertrauen darauf, daß das amerikanische Volk und seine Regierung sich den Gründen dieses Entschlusses und seiner Notwendigkeit nicht verschließen werden, hofft die Kaiserliche Regierung, daß die Vereinigten Staaten die neue Sachlage von der hohen Warte der Unparteilichkeit würdigen und auch an ihrem Teil mithelfen werden, weiteres Elend und vermeidbare Opfer an Menschenleben zu verhüten.

Indem ich wegen der Einzelheiten der geplanten Kriegsmaßnahmen zur See auf die anliegende Denkschrift Bezug nehmen darf, darf ich gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß die amerikanische Regierung amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in die in der Anlage beschriebenen Sperrgebiete und ihre Staatsangehörigen davor warnen wird, den mit Häfen der Sperrgebiete verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

Ich benutze diesen Anlaß, um Eurer Exzellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) **Zimmermann.**

Die Denkschrift.

Die in der Note erwähnte Denkschrift lautet wie folgt:

Vom 1. Februar 1917 ab wird in den nachstehend bezeichneten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden. Solche Sperrgebiete sind

a) im Norden ein Gebiet um England und Frankreich, das begrenzt wird durch eine Linie in 20 (zwanzig) Seemeilen Abstand längs der holländischen Küste bis Terschelling-Feuerschiff, den Längengrad von Terschelling-Feuerschiff bis Udsire, eine Linie von dort über den Punkt 62 Grad Nord 0 (Null) Grad Länge nach 62 Grad Nord 5 Grad West, weiter zu einem Punkt 3 (drei) Seemeilen südlich der Südspitze der Faroer, von dort über Punkt 62 Grad Nord, 10 Grad West nach 61 Grad Nord 15 Grad West, dann 57 Grad Nord 20 Grad West, bis 47 Grad Nord 20 Grad West weiter nach 43 Grad Nord 15 Grad West, dann auf dem Breitengrad 43 Grad Nord entlang bis 20 Seemeilen von Kap Finisterre und in 20 Seemeilen Abstand entlang der spanischen Nordküste bis zur französischen Grenze;

b) im Süden das Mittelmeer. Der neutralen Schiffahrt bleibt offen das Seegebiet westlich der Linie Pt. de l'Espiquette bis zu 38 Grad 20 Minuten Nord und 6 Grad Ost, sowie nördlich und westlich eines 60 Seemeilen breiten Streifens längs der nordafrikanischen Küste beginnend auf 2 Grad Westlänge.

Zur Verbindung dieses Seegebiets mit Griechenland führt ein 20 Seemeilen breiter Streifen nördlich bzw. östlich folgender Linie: 38 Grad Nord und 6 Grad Ost nach 38 Grad Nord und 10 Grad Ost nach 37 Grad Nord und 11 Grad 30 Minuten Ost nach 34 Grad Nord und 11 Grad 30 Minuten Ost nach 34 Grad Nord und 22 Grad 30 Minuten Ost.

Von hier führt ein 20 Seemeilen breiter Streifen westlich 22 Grad 30 Minuten Ostlänge in die griechischen Hoheitsgewässer.

Neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, tun dies auf eigene Gefahr. Wenn auch Vorsorge getroffen ist, daß neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete sind, während einer angemessenen Frist geschont werden, so ist doch dringend anzuraten, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgeleitet werden.

Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete noch verlassen, wenn sie vor dem 5. Februar auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Der Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer kann unbehelligt weitergehen, wenn

a) Falmouth als Zielhafen genommen wird,

b) auf dem Hin- und Rückwege die Scillys sowie ein Punkt 50 Grad Nord, 20 Grad West angesteuert wird. Auf diesem Wege werden keine deutschen Minen gelegt werden,

c) die Dampfer folgende besondere in den amerikanischen Häfen ihnen allein gestattete Abzeichen führen: Anstrich des Schiffsrumpfes und der Aufbauten 3 Meter breite Vertikalstreifen abwechselnd weiß und rot. In jedem Mast eine große weiß und rot karierte Flagge, am Heck amerikanische Nationalflagge und Anstrich der Schiffe nach Möglichkeit von weitem gut erkennbar und die Schiffe durchweg hell erleuchtet sein,

d) ein Dampfer wöchentlich in jeder Richtung geht, dessen Ankunft in Falmouth Sonntags, Abfahrt aus Falmouth Mittwochs erfolgt,

e) Garantie der amerikanischen Regierung gegeben wird, daß diese Dampfer keine Bannware (nach deutschen Bannwarelisten) mit sich führen.

Karten, in welchen die Sperrgebiete eingezeichnet sind, sind in je zwei Exemplaren beigefügt.

Den Regierungen der anderen neutralen Staaten sind entsprechende Noten übermittelt worden.

* * *

Die neuen Entschlüsse, von denen in der vorstehenden Note die Rede ist, sind von der obersten Reichsleitung gefaßt worden, die in Deutschland nicht aus Vertretern der politischen Parteien besteht. Man erkennt bei dieser Gelegenheit den Vorteil des parlamentarischen Systems für die Regierungen selbst: Unter diesem können sie die Verantwortung für ihr Tun und Lassen auf viele Schultern verteilen, während unter dem deutschen System die Regierung allein die Verantwortung zu tragen hat.

Diese Trennung der Verantwortlichkeit schließt — zumal unter den gegenwärtigen Umständen — eine Gemeinsamkeit der Endabsichten nicht aus. Das ganze deutsche Volk ist einig in dem Wunsche, seine Verteidigung so bald wie möglich erfolgreich zu beenden. Das ganze deutsche Volk ist einverstanden mit der Anwendung von Mitteln, die geeignet sind, diesem Zweck zu dienen. Die Frage, welche Mittel als geeignet zu betrachten sind, kann aber nicht durch Diskussion in Versammlungen und in der Presse, sondern nur in einem engen Personenkreis entschieden werden. Auch in einer vollkommenen Demokratie könnte das nicht anders sein, nur wäre dort der Personenkreis ein anderer. Darum haben wir nie einen Nutzen davon erwartet, wenn man versucht, die Kriegführung in der Anwendung bestimmter Mittel agitatorisch zu fördern oder zu behindern.

Niemand in Deutschland verkennt, daß die Schwierigkeiten, unter denen die Neutralen durch den Krieg zu leiden haben, durch die neuen Entschlüsse der deutschen Regierung eine weitere Steigerung erfahren. Sie können — von der einen für Amerika gemachten Ausnahme abgesehen — mit den uns feindlichen Staaten auf dem Seewege nicht mehr verkehren, ohne Mannschaft und Ladung schweren Gefahren auszusetzen. Es kann nicht ausbleiben, daß sich die Gegner Deutschlands diesen Umstand zunutze machen und daß sie versuchen werden, die Neutralen, insbesondere Amerika, zum Anschluß an ihre Koalition zu veranlassen. Diese Versuche sind nicht neu, sie werden aber in der nächsten Zeit mit erhöhtem Eifer wieder aufgenommen werden.

Die Neutralen werden sich fragen, wo ihre Interessen liegen. Aber sie mögen sich sagen, daß erstens eine zerschmetternde Niederlage Deutschlands nicht in ihrem Interesse liegt, und daß zweitens — selbst wenn sie in diesem Punkte anderer Meinung sein sollten — eine solche zerschmetternde Niederlage Deutschlands auch durch ihren Beitritt zur gegnerischen Koalition nicht zu erreichen wäre. Sie wollen, was auch wir, und ganz besonders wir deutschen Sozialdemokraten wollen: den Frieden, der nicht durch physischen Druck auf Deutschland, sondern nur durch moralischen Druck auf die friedenweigernden Gegner zu erreichen ist. Mehr denn je sollten sie also — dies ist unsere Hoffnung — jetzt alle ihre Kräfte daran setzen, um dem Krieg ein Ende zu bereiten.

Die Grundsätze, die Präsident Wilson in seiner Botschaft an den Senat ausgesprochen hat, sind richtig und bleiben richtig, und nichts Gutes würde der Welt daraus entspringen,

wenn die amerikanische Politik sie verlassen wollte. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes ist mit der deutschen Regierung einig in dem Wunsche, die guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Amerikas große geschichtliche Rolle ist nicht die des Verbündeten einer der beiden Streitteile, sondern die des Verbündeten aller Friedensfreunde diesseits wie jenseits der Schützengräben!

Das ganz deutsche Volk hegt den Wunsch, daß die neuen Entschlüsse der Reichsleitung eine Abkürzung des Krieges herbeiführen mögen. Die Stellung der Parteien wie der Blätter, die sich zu dieser Frage geäußert haben, auch die des „Vorwärts", ist bekannt. Aber jetzt handelt es sich nicht mehr um Meinungen, sondern um die deutsche Kriegführung, um neue Entschlüsse, die die Reichsleitung gefaßt hat und von denen sie erst dann dem Reichstag und dem deutschen Volk Mitteilung gemacht hat. Jetzt haben die Tatsachen das Wort!

Der norwegische U-Boot-Erlaß

in abgeänderter Fassung.

Kristiania, 31. Januar. Durch Königlichen Erlaß wurde heute verfügt, daß der Königliche Erlaß vom 13. Oktober 1916 betreffend U-Boote mit Wirkung vom 6. Februar 1917 an folgendermaßen lauten soll:

U-Boote, die zum Kriegsgebrauch ausgerüstet sind und kriegführenden Mächten gehören, dürfen sich nicht in norwegischen Hoheitsgewässern bewegen oder aufhalten. Wenn sie diesem Verbot entgegenhandeln, laufen sie Gefahr, ohne Warnung mit Waffengewalt angegriffen zu werden.

Das Verbot soll nicht gegen U-Boote gerichtet sein, die sich wegen schlechten Wetters, Havarie oder um Menschenleben zu retten, auf norwegisches Seegebiet begeben. Das U-Boot soll sich dann innerhalb des Seegebiets in Ueberwasserstellung mit gehißter Nationalflagge oder internationalem Signal halten, welches den Grund seiner Anwesenheit angibt. Das U-Boot soll das norwegische Seegebiet verlassen, sobald der Grund, welcher es zum Verweilen berechtigt, weggefallen ist.

U-Boote, die für Kriegsgebrauch ausgerüstet sind und einer nichtkriegführenden fremden Macht angehören, dürfen ebenfalls nicht in norwegische Hoheitsgewässer einlaufen oder sich dort bewegen, außer bei hellem Tag in sichtigem Wetter und in Ueberwasserstellung mit gehißter Nationalflagge.

*

Der norwegische Erlaß vom 13. Oktober, der zu heftiger Abwehr von deutscher Seite Anlaß gab, stützte sich auf die Ansicht, die norwegische Regierung sei berechtigt, U-Booten, die zum Kriegsgebrauch eingerichtet sind und den kriegführenden Mächten angehören, jeden Verkehr und Aufenthalt auf norwegischem Seegebiet zu verbieten. Gegen irgendeine der kriegführenden Mächte ein solches Verbot zu erlassen, hielt sich die norwegische Regierung nicht für verpflichtet. Der neue Erlaß mildert die Bestimmungen des ersten Textes insofern, als er neben dem Verbot von Kriegshandlungen innerhalb der norwegischen Seezone nunmehr einige Möglichkeiten zu vorübergehendem Aufenthalt auf dem norwegischen Gebiet gelten läßt. Das Vorbild zu diesen Ausnahmen geben die norwegischen Bestimmungen über den Aufenthalt von Handelstauchbooten in den norwegischen Seegewässern. Erst die Kriegspraxis wird über den Wert des neuen Erlasses Aufschluß geben können.

Das glückliche Amerika.

Der letzte Ausweis der United States Steel Corporation (Stahltrust), die mit ihrem fast fünf Milliarden Mark Aktien- und Schuldverschreibungskapital die größte Aktiengesellschaft der Welt ist, gibt ein sprechendes Bild von den riesigen Gewinnen, die Amerika aus der Selbstzerfleischung Europas zieht. Es betrug nach Vornahme der Abschreibungen der Reingewinn

im vierten Quartal 1914 . .	**8 010 598 Dollar**
im vierten Quartal 1915 . .	**40 853 113 Dollar**
im vierten Quartal 1916 . .	**96 322 000 Dollar**

Da ein Dollar heute 5,52 M. wert ist, so beträgt der Reingewinn des Stahltrusts in dem einen letzten Vierteljahr 1916 allein 529,65 Millionen Mark, also sehr erheblich mehr als Aktienkapital und Reserven der Deutschen Bank!

England und die Freiheit der Neutralen.

Schwarze Listen und graue Listen.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr v. d. Busche hat mit dem Berliner Vertreter der „Associated Preß" eine Unterredung über die völkerrechtswidrigen Maßnahmen der Engländer gepflogen, in der es heißt:

Wenn England in seiner an die Vereinigten Staaten gerichteten Antwortnote betreffend die schwarzen Listen behauptet, daß diese sich nur auf die Handelsbeziehungen britischer Firmen bezögen, ohne Handelsgeschäfte zwischen den Neutralen zu berühren, so hat sich doch tatsächlich das Verbot des Handeltreibens mit dem Feinde in völkerrechtswidriger Weise ausgeweitet, indem als Feinde im Sinne des englischen Gesetzes auch neutrale Firmen in neutralen Ländern angesehen werden, soweit sie Geschäfte mit Angehörigen von mit England im Kriege befindlichen Mächten machen, oder nur im Verdacht stehen, solche zu machen. Zur Rechtfertigung dieser sehr erweiterten Maßnahmen behauptete nun die englische Regierung, daß keine Rechte oder das Eigentum von Firmen, die auf der schwarzen Liste stehen, irgendwie betroffen würden. Diese Firmen genössen in jeder Beziehung Handelsfreiheit, da sie ja keinen anderen Schaden erlitten, als daß eben englischen Untertanen verboten werde, die Vorteile des englischen Handels und Kredits den auf der schwarzen Liste stehenden Firmen zuteil werden zu lassen. Gerade über den wichtigsten Punkt, der die englischen Argumente völlig zunichte macht, geht jedoch die englische Note mit nichtssagenden Redensarten hinweg. Bekanntlich wird nämlich durch den von England eingeführten Kettenboykott jede auf der schwarzen Liste befindliche Firma selbst der Möglichkeit beraubt, mit anderen neutralen Firmen Handel zu treiben. Wer mit einer auf der schwarzen Liste stehenden Firma irgendwelche Handelsbeziehungen unterhält oder anzuknüpfen versucht, oder wer nur im geringsten Verdacht eines solchen Handels steht, dem droht von England ebenfalls das Geschick, auf die schwarze Liste gesetzt zu werden. Das Bestreben der Engländer geht also, wie Sie sehen, dahin, neutrale Firmen die sich der allgemein anerkannten kommerziellen Handlungsfreiheit freiwillig nicht begeben wollen, völlig zu isolieren und lahm zu legen. Selbst die Postsendungen solcher Firmen werden von der englischen Zensur beschlagnahmt, und die Ueberweisung von Bankguthaben oder Zahlungen von englischer Seite an solche Firmen ist verboten.

In einzelnen Ländern, wo sich die englische Faust am fühlbarsten macht, z. B. in Niederländisch-Indien, steht die Sache einfach so, daß die neutralen Firmen beim englischen Konsul anfragen müssen, mit wem und welche Geschäfte sie abschließen dürfen.

Sonach richtet sich die englische schwarze Liste mehr gegen die neutralen Länder als gegen Deutschland, da das neutrale Ausland in verhältnismäßig höherem Grade geschädigt wird als wir, die wir seit über zwei Jahren vom Handelsverkehr mit Uebersee so gut wie abgeschnitten sind.

Neben der schwarzen Liste besteht auch eine englische **graue Liste**, die sehr geheim gehalten wird. Während für Engländer ein absolutes Handelsverbot, mit allen auf der schwarzen Liste befindlichen Personen und Firmen Geschäfte zu machen, besteht, werden die auf der grauen Liste befindlichen Personen und Firmen als solche bezeichnet, mit denen Geschäfte zu machen von englischer Seite aus nicht erwünscht ist. Die Zahl der Personen und Firmen, die sich auf der grauen Liste befinden, scheint sehr viel größer zu sein als die auf der englischen schwarzen Liste. Gegenüber den auf der schwarzen Liste befindlichen Firmen besteht eine absolute Warensperre und eine erhebliche Postbeschränkung, während ein Engländer mit Personen, die auf der grauen Liste stehen, noch korrespondieren darf. Jedoch kommt es auch in der Mehrzahl der Fälle infolge einer eigenartigen dilatorischen Behandlung nicht zu einem Geschäftsabschlusse.

In dem englischen Vorgehen herrscht also trotz der Beschönigungsversuche Lord Greys System, das darauf ausgeht, England auf Kosten der Neutralen zu bereichern.

Die unzulängliche Blockade.

London, 31. Januar. Reutermeldung. Lord Robert Cecil hat in Nottingham eine Rede gehalten, in der er sagte, daß es seiner Ansicht nach verkehrt wäre, sich auf die Blockade allein zu verlassen. Es sei zwar viel geschehen, und man werde erst später beurteilen können, welche großen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Blockade zu überwinden gewesen seien; aber das was England brauche, könne nicht durch die Blockade allein erreicht werden, sondern nur durch den Sieg im Felde.

*

Schweren Zeiten entgegen.

Amsterdam, 30. Januar. Anläßlich des jüngsten Vorstoßes eines deutschen Kriegsschiffes an die Küste von Suffolk schreibt die „Daily Mail", es sei nicht unwahrscheinlich, daß das kleine Schiff, welches in der Nacht zum Donnerstag die englische Küste beschoß, ein Unterseeboot war. Das Blatt bereitet das Publikum bereits auf eine Wiederholung des Vorstoßes in den nächsten Tagen vor. Diese Vorstöße aber hätten nur die Bedeutung, die öffentliche Aufmerksamkeit vom Unterseebootkrieg abzulenken. Das Hauptziel der Deutschen sei und bleibe nach wie vor, den Handel und den Transport von Waren und Lebensmitteln zu unterbinden. Der Artikel klingt in Warnungsrufe aus und ermahnt, die Nation müsse begreifen, daß sie schweren Zeiten entgegengehe. Alle Bevölkerungsschichten müßten sich der größtmöglichsten Sparsamkeit befleißigen. Die Nahrungsmittel seien in England nicht gerade im Ueberfluß vorhanden. Darum müsse jede Vergeudung vermieden werden. Die Deutschen seien in der U-Boot-Waffe ihren Gegnern überlegen, dank ihrer besseren militärischen Vorbereitung. Die Deutschen hätten immer behauptet, sich in gleicher Weise auf die Armee wie auf die Marine verlassen zu können. Jetzt haben wir zu zeigen, schließt die „Daily Mail", daß dies nicht zutreffend ist.

Menschenopfer bis zur Erschöpfung.

Der Nachmusterungsantrag in der französischen Kammer.

Bern, 30. Januar. Der Berichterstatter zum Nachmusterungsantrag in der französischen Kammer, Deputierter Ossole, führte aus, die Frage der Effektivbestände müsse von den Alliierten gemeinsam geregelt werden, man dürfe sich nicht scheuen, zu sagen, daß Frankreich Opfer gebracht habe, die das Land bis an die Erschöpfung geführt hätten. Man müsse heute nur ein einziges Interesse haben, nicht Frankreich allein schwächen zu lassen.

Ossole vertritt diesen Standpunkt auch im „Matin". Pathé schließt sich ihm im „Journal" an. Andere Blätter, unter ihnen „l'Heure", fordern, daß die Kriegsmaterialerzeugung beschleunigt werde. Deutschland habe gezeigt, wie man mit Artillerie Menschenleben sparen könne.

Französenangriff an der Lothringer Grenze — Russenstellung am Ostufer der Aa gestürmt — Russenangriffe im Mestecanesci-Abschnitt und nahe der Sereth-Mündung.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 31. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Starker Frost und Schneefälle schränkten die Gefechtstätigkeit ein.

An der Lothringer Grenze bei Leintrey war von Mittag an der Artilleriekampf stark. Abends griffen die Franzosen einen Teil unserer Stellungen an; sie wurden abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auf dem Ostufer der Aa stürmten unsere Truppen eine russische Waldstellung und wiesen in ihr mehrere starke Gegenangriffe zurück. 14 Offiziere und über 900 Mann wurden gefangen, 15 Maschinengewehre erbeutet.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Nach heftigem Feuer griffen die Russen mehrmals die Stellungen südlich der Valeputna-Straße an. Zwei starke Angriffe scheiterten, beim dritten Ansturm gelang es einer russischen Abteilung, in einen Stützpunkt einzudringen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Nahe der Donau gingen starke feindliche Aufklärungsabteilungen vor; sie wurden von den osmanischen Posten zurückgetrieben.

Mazedonische Front.

Deutsche Erkunder brachten von einer Streife im Cerna-Bogen mehrere Italiener gefangen ein.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 31. Januar. Abends.

Bei Kälte und Schneefall an allen Fronten nur geringe Gefechtstätigkeit.

* * *

Der österreichische Bericht.

Wien, 31. Januar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die osmanischen Truppen wiesen zunächst der Sereth-Mündung starke russische Erkundungstruppen ab.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Im Mestecanesci-Abschnitt nahmen die Russen ihre Angriffe wieder auf. Zwei ihrer Anstürme wurden restlos abgewiesen, bei einem dritten ging uns ein Stützpunkt südlich der Valeputna-Straße verloren.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich des Pripjat keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die schwierige Frage in Griechenland.

Die Reservistenbünde.

Haag, 31. Januar. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die griechische Regierung beeilt sich nicht, aber allgemein darf man sagen, daß sie die Forderungen der Alliierten in befriedigender Weise ausführt. Verschiedene Offiziere des Militärkontrolldienstes sind bereits seit einiger Zeit auf ihren Posten in Janina, Larissa, Lamia, Patras, Korinth, Chalkis und Volo. Aus ihren Berichten ergibt sich, daß die Bewegung der griechischen Truppen an diesen Plätzen und in der Umgebung entweder bereits ausgeführt sind oder sich ihrem Ende nähern. Die Alliierten und die Regierung sind damit beschäftigt, die schwierige Frage der Auflösung der Reservistenbünde zu lösen. Alle Vorsitzenden der Reservistenbünde des Landes haben bereits von der Regierung den Befehl erhalten, die Bünde aufzulösen. Soweit zu beobachten ist, geschieht das ohne Protest und ohne Verzug. Die Frage bleibt jedoch noch sehr schwierig. Die Reservisten beabsichtigen nämlich, sich jeden Augenblick wieder zusammenzuschließen und es ist sehr schwierig zu sagen, wenn weitere Schritte noch getan werden könnten, um mit ihnen abzurechnen.

Der Blockade-Knebel.

London, 30. Januar. Wie die „Morningpost" aus Athen vernimmt, befinden sich noch immer einige Venizelisten im Gefängnis. Eine Anzahl Unteroffiziere wird noch in Athen und in der Provinz gefangen gehalten. Die Vierverbandsmächte werden sofort die Infreiheitsetzung derselben verlangen. Die Blockade mache sich erst jetzt deutlich durch ihre Schärfe bemerkbar. Das Brot sei nicht mehr genießbar. Die Presse protestiert heftig gegen die Unmenschlichkeit der Blockade. „Daily Chronicle" zufolge ist die Verlegung des größten Teiles der griechischen Armee nach dem Peloponnes durchgeführt. Aus Patras kommen Berichte über ernste Unruhen. Die Brotknappheit hat dort zu einer Aufruhrszene geführt, wobei die Demonstranten öffentlich ihren, gegen die Regierung gerichteten Apsfällen Ausdruck gaben. In Athen sei die Stimmung viel gemäßigter, denn die kräftig durchgeführte Blockade habe das Volk am eigenen Leibe fühlen lassen, daß auch ohne Kampf Griechenland aufs strengste bedroht werden könne.

Persische Demokraten an Wilson.

Zwei Führer der persischen demokratischen Partei und Mitglieder des persischen Parlaments haben aus dem Haag folgendes Telegramm an Präsident Wilson abgesandt:

Ihre jüngste Botschaft an den Senat betreffend die geheiligten Rechte der kleinen Völker hat in dem Busen des persischen Volkes glühende Hoffnung erweckt für die Zukunft seines Vaterlandes. Im Auftrage unseres Volkes wenden wir uns an Sie und an die edle amerikanische Nation und bitten Sie, Ihren mächtigen Einfluß aufzubieten, um auch für die alte persische Nation die Anwendung jener geheiligten Grundsätze zu sichern, welche Sie in Ihrem edlen Menschlichkeitsgefühl für eine gerechte Vorbedingung für einen dauernden Weltfrieden erklärt haben.

Der Krieg auf den Meeren.

Das Kapitel von der „Möwe".

Frankfurt a. M., 31. Januar. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Bern vom 30. Januar: Der Agenzia Americana zufolge wurde die englische Gesandtschaft in Rio de Janeiro benachrichtigt, daß der im Atlantischen Ozean operierende Hilfskreuzer gemeinsam mit deutschen Unterseebooten arbeite.

*

Frankfurt a. M., 31. Januar. Der „Frankfurter Zeitung" geht über Stockholm folgende Meldung aus Tokio zu: Infolge der Nachrichten über das Auftauchen zweier deutscher Hilfskreuzer im westindischen Ozean stellten die japanischen Schiffahrtslinien die Veröffentlichung ihrer Fahrpläne ein.

Die „Möwen"-Sperre.

Haag, 31. Januar. Die Zeitung „Het Vaderland" schreibt über die neue englische Minensperre in der Nordsee: Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß ein wichtiger Grund vorlag, in Zukunft zu verhindern, daß deutsche Schiffe durch die Blockadelinie schlüpfen und als Hilfskreuzer den Ozean unsicher machen. Der Schreck, den der letzte Fall dieser Art in England verursacht hat, besagt viel. Was die neutrale Schiffahrt betrifft, so ist sicher, daß die mit der neuen Maßregel beabsichtigte Abschließung des an unser Land angrenzenden deutschen Seegebietes für uns nur Nachteile mit sich bringt und keinen einzigen Vorteil.

In dem bitterkalten, ernsten Paris.

Bei zehn Grad Kälte tagelang ohne Kohlen zu sitzen, ist für den an mildere Winter gewöhnten Pariser eine böse Beigabe zu der auch an der Seine eingekehrten Lebensmittelnot. Der dortige Berichterstatter der „Stampa" meldete unter dem 23. Januar: „Das Thermometer zeigt heute bereits sieben Grad unter Null. Das ist die tiefste Temperatur seit Winteranfang. Leider verheißen die Wetterkundigen ein weiteres Sinken. Der Rückschlag ist unvermeidlich. Die Aufregung wegen des Kohlenmangels ist ungeheuer. Ueberall hört man die Boulevards entlang die Frauen, die in langen Zügen Kundgebungen veranstalten, rufen: „Kohle! Kohle!" Auf dem Opernplatz kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Und da hörte man wieder neue Ausrufe: „Eine ganze Kategorie von Bürgern stirbt vor Kälte. Wir wollen nicht länger warten. Die Regierung hat für Kohle zu sorgen. Sie soll sich nicht mit Reden aufhalten, sondern von Worten zu Taten übergehen."

Und am Tage darauf berichtet derselbe Korrespondent nach Turin: „Die sehr ernste Kohlenkrisis hat in Frankreich den Höhepunkt erreicht. Das Thermometer zeigt heute 10 Grad. Eine Anzahl Kohlengeschäfte sind genötigt, ihre Räume zu schließen. In den Volksvierteln hat es heute vielen Aufruhr gegeben."

Bemerkenswerter aber erscheint eine Schilderung des Pariser Berichterstatters des „Corriere della Sera": „Diejenigen, die nach längerer Abwesenheit nach Paris zurückkehren, finden die Stadt total verändert. Paris ist ernster, schweigsamer, trotz des Geräusches der Wagen, mehr versunken in seine Kriegsaufgaben geworden. Die jüngsten Maßnahmen zur Einschränkung der Beleuchtung, die soweit gehen, daß es in der Nachtzeit bald gar kein Licht mehr gibt, tragen nicht wenig dazu bei, einen Eindruck des Ernstes, um nicht zu sagen, der Trauer hervorzubringen. Auch wenn an einigen Tagesstunden der Andrang der Massen so groß ist, daß man in den Untergrundbahnen keinen Platz erhält, und auch wenn die Theater gefüllt sind und die großen Geschäfte guten Absatz haben, so gibt sich das Volk mehr zurückhaltend, fast verschlossen und hält sich von jeder lärmenden Kundgebung fern. Ich will damit nicht behaupten, daß es von der Kriegslast ganz und gar niedergedrückt wäre, oder daß es die neuen Opfer mit großem Widerstreben auf sich nähme. Man zeigt eine große Resigniertheit und ist dabei bereit, jedwede Verschärfung in den schlimmsten Maßnahmen willig hinzunehmen, wenn man nur die Gewißheit hätte, daß diese Maßnahmen auch zweckdienlich sind. Heute bereut das Volk, daß es besser gewesen wäre, wenn man beizeiten sich Entbehrungen auferlegt und einer Vergeudung der Vorräte vorgebeugt hätte, und man kann nicht umhin, die geringe Voraussicht der Regierenden zu beklagen, die jetzt das Volk zu ungewöhnlichen Einschränkungen zwingt. Einige Wochen außerordentlich milden Wetters hatten den Parisern gestattet, den Mangel an Kohlen ohne großes Ungemach hinzunehmen. Aber seitdem der kalte Winter eingezogen ist, bringt uns die Tyrannei der Kohlenhändler zur Verzweiflung. Wer am meisten bietet, kommt am besten weg. Nicht selten findet man in den kleinsten Kohlenkellern die feinsten Kunden. Das gibt dann immer eine merkwürdige Gesellschaft beieinander. Da werden Wein und Kohlen zu gleicher Zeit verkauft. Und gar manches hochherrschaftliche Auto läßt sich ein paar Säcke mit Kohlen aufladen, ohne auf die Gefahr einer Beschmutzung zu achten.

Die Pariser wollen offenbar auch nicht einmal mehr Siegesbotschaften mit Kundgebungen des Jubels aufnehmen. Sie sparen sich das auf für den großen Tag des letzten Sieges." So der Mann vom Corriere, der aus seinem Herzen gewiß keine Mördergrube macht. Im Pariser „Journal" vom 25. Januar lesen wir: „Wir stehen inmitten des dritten Kriegswinters. Ein eisiger Wind weht daher. Der Schnee bedeckt Felder und Dächer. Kohle ist selten und nur für schweres Geld zu haben. Die Ausgaben für Kleider und besonders Unterkleider steigen von Woche zu Woche immer mehr in die Höhe. Die Preise für Lebensmittel kennen überhaupt nur noch die größte Höhe. Die Kälte hat uns aufs neue heimgesucht. Wenn wenigstens die Kohle dem Beispiel der Kälte folgen wollte! Man würde sich nicht so sehr zu beklagen haben. Aber . . . Mit Regen, Wind und Schlamm ist man fertig geworden. Der Kälte gegenüber ist man machtlos. Der Leiter der Wetterbeobachterstelle meint, daß diese Temperatur gar nicht mehr normal ist. Unter 10 und 11 Grad werden wir in der nächsten Zeit nicht heruntergehen."

Entrüstung erster Klasse.

Frau Kupfer — — —

Es ist, als ob der ganze D-Zugwagen bei der Nennung dieses Namens einen Hops vor moralischer Entrüstung macht. Die roten Plüschbezüge der ersten Klasse blähen sich — — —

„Nein, solch' eine Person," sittlichkeitsrichtert das magere Fräulein in Rodeldreß, „vierzig Jahre alt, hat eine erwachsene Tochter und umgibt sich mit Liebhabern".

Sie ist auf der Rückreise von einem bekannten Wintersportplatz. Die Exkursion ist ohne das erwünschte Verlobungsresultat geblieben. Vergangenen Sommer an der See war's auch nicht besser. Und sie ist erst dreißig!

„Hamstervorräte hat die Frau besessen: Schinken, Würste, Butter —", der dicke Herr schnalzt mit der Zunge, „unerhört, daß so etwas noch möglich ist".

Oben im Gepäcknetz schaukeln zwei schwere Handkoffer. Wird er glücklich der Gepäckrevision entgehen? Was man heutzutage um lumpige vier Landschinken und zehn Pfund Butter für Angst ausstehen muß!

„Ja, aus Hannover hat sie's besorgt."

„Hannover?" Alles lauscht. Für alle Fälle wird man sich den Ort merken.

Ein Hagerer sieht einen Augenblick von seinem Notizbuch auf.

„Und die vielen kleinen Leute, die solch eine Schwindlerin um das ihre bringt."

Dann notiert er weiter. Er hat soeben einen Posten Oelsardinen, die Büchse für 80 Pf., erstanden. Nun gilt es zu kalkulieren, was herauskommt, wenn er sie im Berliner Norden als Auslandsware zu 2.50 M. absetzt. Er rechnet angestrengt.

„Ueberhaupt, was soll werden, wenn sich nun selbst in Staatslieferungen der Betrug einmischt", klagt der dicke Herr. Er liefert seit Kriegsbeginn, und ihm ist es ein Evangelium, daß hierbei niemand außer dem Staat betrogen werden darf.

„Natürlich — äh — der Lebensmittelhandel" schnarrt der vierte Mitreisende, ein Herr mit weißem Schnurbart, Monokel und Rettgamaschen, der bisher in der Zeitung las, „alles Schiebung, nachher — Landwirtschaft — äh — soll das ausbaden. Heißt dann, wir wucherten Volk aus. Lächerlich."

Und er verfolgt wieder mit beifälligem Schmunzeln den Artikel seines Freundes Oldenburg-Januschau, der für Kartoffeln einen Erzeugerpreis von 8 M. fordert.

„Eine unmoralische Person, die Madam Kupfer" resumiert das Fräulein.

Und das ganze Koupee nickt Beifall. E. R.

Der Hornung.

Als Walther von der Vogelweide um 1215 von Kaiser Friedrich II. sein Reichslehen bei Würzburg erhielt, jubelte er:

„Ich hab' mein Leben, alle Welt! ich hab' mein Leben!
Und will die bösen Herren alle desto minder flehen.
Nun fürcht' ich nimmermehr den Hornung an den Zehen.
Der edle König mild hat mich so wohl beraten,
Daß ich im Sommer Luft, im Winter Wärme haben kann."

Ja, der Hornung hat es in sich. Er verdankt zwar seinen Namen seinem größeren, ihm vorangehenden Bruder, den wir heute mit einem Fremdwort Januar nennen, der aber einst in Deutschland auch Horn (Frost und Frostmonat) genannt wurde. Aber der kleine Horn, der Hornung, ist nur körperlich kleiner, wie man wohl in bezug auf einen nur aus Tagen bestehenden Monat sagen kann, denn er hat nur 28 Tage und bringt es nur in Schaltjahren auf 29 Tage, während der größere Bruder deren 31 sein eigen nennen kann. In bezug auf die Winterkälte ist aber der Hornung seinem längeren und älteren Bruder gar oft und sogar meistens überlegen. Das ist schon unserem berühmtesten mittelhochdeutschen Dichter deutlich zum Bewußtsein gekommen, denn sonst hätte er nicht den Namen zur Bezeichnung des Winters und der Winterkälte gebraucht.

Auch unsere Bauern schenken dieser Tatsache seit jeher besondere Beachtung, ja, sie messen ihr eine besonders günstige Vorbedeutung für den bevorstehenden Frühling und Sommer zu. Ein milder Hornung bedeutet in den Bauernregeln gewöhnlich ein schlechtes Jahr. Dagegen: „Im Hornung Schnee und Eis macht den Sommer heiß." Andere Sprüche besagen:

„Wenn der Winter sich nicht im Hornung stellt ein,
Wird's um Ostern gar grimmig sein."
„Wenn im Hornung die Mücken schwärmen,
Muß man im März die Ohren wärmen."
„Wenn's der Hornung gnädig macht,
Bringt der Mai den Frost bei Nacht."

Ein hübscher, in der Schweiz verbreiteter Spruch lautet:

„Wenn im Februar die Stürme fackeln,
Daß dem Ochsen die Hörner wackeln,
Das haben die Bauern von Bern
Sehr gern . . ."

In den meisten Bauernregeln trifft man noch meist die Bezeichnung Hornung gegenüber der heutigen Monatsbezeichnung Februar an. In vielen ländlichen Gegenden unseres Vaterlandes sagt man heute noch Hornung statt Februar. Erst die „deutsche" Kanzleisprache hat den lateinischen Monatsnamen gegenüber den schönen alten deutschen Monatsbezeichnungen zum Siege verholfen.

Der Kunstwucher.

Die überaus hohen Preise, die diesen Winter und früher auf den Kunstauktionen bezahlt wurden, haben mannigfaches Staunen erregt. Waren sie ein Beweis für die wirtschaftliche Kraft gewisser Schichten, für das Kunstinteresse des im Kriege erworbenen Reichtums? Wilhelm Bode, der in allen Kunstgeschäften erfahrene Generaldirektor unserer Museen, behandelt die Frage einmal von ganz anderem Gesichtspunkt im „Tag" (Die hohen Preise im Kunsthandel, Ursachen und Folgen.). Er vertritt die Auffassung, daß der Kunsthandel durch allerlei raffinierte Manöver künstlich die hohen Preise züchtet. Und er gibt — offenbar auf Grund intimer Einblicke — ein Bild von diesem Treiben, daß man sich lebhaft an die Tricks und Schiebungen des Pferdehandels erinnert fühlt.

Nun könnte es der größeren Oeffentlichkeit gleichgültig sein, wie die verschiedenen Schichten der Spekulanten sich gegenseitig die Taschen leeren — wenn nicht dieser Kunstwucher auch weitere Kreise zöge.

Herr Bode bemerkt in der Hinsicht mit gutem Grunde:

„Eine Folge dieser unsinnigen Preistreibereien ist die außerordentliche Erschwerung bei Vermehrung unserer öffentlichen Sammlungen. Fast ebenso bedauerlich ist es, daß dadurch für die allermeisten Kunstfreunde der Erwerb von Originalen, auch der bescheidensten Kleinkunst, wenn sie wirklichen Kunstwert haben, so gut wie unmöglich gemacht wird, so daß jeder, der nicht sehr wohlhabend ist, sich nur noch mit Nachbildungen umgeben kann. Wirkliche Kunstwerke gehen daher, soweit sie nicht über den Ozean wandern, in die Hand einer verhältnismäßig kleinen Zahl ganz reicher Leute, von denen manche — wie es bei dem jungen Reichtum und der mangelhaften Vorbildung begreiflich ist — weder Verständnis für ihren Besitz haben, noch je bekommen. Für den Kunsthandel, wie er sich in Deutschland während des Krieges entwickelt hat, treffen die Worte, welche ich dieser Tage von einer unserer Autoritäten im Schiffbau las, leider im vollen Maße zu: „Die Vorgänge dieses Krieges zeigen mit absoluter Sicherheit, daß auf allen Gebieten, auf denen irgendeine Not besteht — und eine solche ist für die Ware auf dem Kunstmarkt in hohem Maße vorhanden —, sofort der gemeine Wucher einsetzt und die Notlage verschlechtert." Wird es nach dem Kriege besser werden?"

Notizen.

— Eine Frau ohne Magen stellte Prof. Lohrentz kürzlich in der Gesellschaft der Aerzte in Wien vor. Durch ein schweres Krebsleiden war die Magenentfernung notwendig geworden. Die Frau, die früher 80 Kilo wog, hatte unmittelbar vor der Operation nur mehr 38 Kilo Gewicht. Die Frau vertrug die Operation, die ohne Komplikationen vonstatten ging, gut. Seit der Operation hat sie bereits 12 Kilo zugenommen und verträgt allerlei Speisen. Nach der Ansicht von Lohrentz kann man künftig da, wo nicht besondere Gründe dagegen sprechen, im Notfall den schweren operativen Eingriff ruhig wagen.

— Die älteste Erkennungsmarke. Bekanntlich erhalten die Soldaten der Kriegsheere, damit man sie im Todesfalle zu identifizieren vermag, Erkennungsmarken. Der Brauch hat ein uralteS Vorbild. So heißt es bei Justin, daß die Lacedämonier in einem ihrer Kämpfe gegen die Messenier an den Armen besondere Zeichen mit dem eigenen Namen und dem ihres Vaters trugen, und zwar zu dem Zweck, ihre Persönlichkeit festzustellen, damit man sie auf dem Begräbnisplatz bestatten konnte.

— Geld und Kunst wandern aus. Amerika zieht aus Englands Kriegsverlegenheiten nicht nur Gold, Wertpapiere und Juwelen an sich, sondern auch Kunstschätze, die sich mit einem ordentlichen Haufen Geldes aufwiegen lassen. So ist, wie die „Köln. Zeitung" meldet, die wegen ihrer van Dyks berühmte Gemäldesammlung, die nun schon weit ins dritte Jahrhundert hinein den Edelsitz Lord Denbighs zierte, in den Besitz eines New Yorker Händlers übergegangen.

---

c]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

„Nun, über mich wird er sich nicht ärgern."

„Vielleicht haben Sie auch recht, vielleicht wurde wirklich jemand ermordet."

„Vielleicht . . . was soll das heißen?"

„Nu, wenn Sie gesehen hätten, wie sie geflohen sind, dann . . ."

„Das habe ich ja gesehen!"

Diese Worte waren Klitzki unwillkürlich entschlüpft.

Jossele sprang auf, als wäre er über einen Stein gestolpert.

„Das ist 'was anderes," sagte er überlegen. „Aber sie brauchen doch nicht gemordet zu haben. Sie können sogar Blut gesehen haben und braucht kein Mord vorzuliegen. Einer konnte Nasenbluten haben."

Klitzki schwieg, denn er fühlte, daß ihn der Wunsch übermannte, sich auszusprechen.

Er umklammerte die Waffe mit aller Kraft und versuchte, mit dem physischen Schmerz das Bedürfnis zu unterdrücken, Worte hinausprudeln zu lassen, die ihm Linderung bringen sollten.

„Aber bei Nasenbluten", begann Jossele von neuem, „läuft das Blut über das Maul, und man kann es genau sehen . . . Hat der gnädige Herr gesehen, daß ihm das Blut über das Maul lief?"

„Nein!"

„Oder über die Hände? Ueber den Anzug? Wahrscheinlich über die Hände. Warum hat der Herr ihn nicht angehalten? Die Kerle rennen zwar schnell, aber man kann sie einholen. Nein? Der Herr ist ihm nicht nachgelaufen? Wurden sie vielleicht von einem Polizisten verfolgt?"

Klitzki brach in Lachen aus.

„Jawohl, schön hat er sie verfolgt!" rief er.

„Er ist etwas dick, das Laufen fällt ihm schwer. Es ist der Dicke, der auf dem Stadtwall Nachtwache hält. Sicherlich hat er sie fassen wollen."

„Wollte er das wirklich?"

Jossele lachte leise.

„So ein Dickwanst läuft nicht gern im Schmutz . . . Er ist ein anständiger Mensch, nur etwas korpulent."

„Ein Gauner ist er!"

Auch dieses Wort entschlüpfte Klitzki fast unbewußt. Es schien ihm, als hätte es ihm jemand aus der Kehle gezogen. Um diesen Eindruck zu verwischen, fragte er bald darauf:

„Ist es noch weit? Warum schleichen wir so?"

„Gleich hier um die Ecke . . . Aber warum sagt der gnädige Herr, daß Wakowlin ein Gauner ist? Ich weiß zwar so manches von ihm, aber er ist gut angeschrieben."

Jossele verstummte einen Augenblick und fügte in gutmütigem Ton hinzu:

„Vielleicht weiß ich auch nichts, vielleicht verstellt er sich so geschickt. Ich bin ein dummer Kerl. Ich verstehe auf der Geige zu spielen, damit verdiene ich mein Geld. Sonst weiß ich nichts. Den Wakowlin kenne ich nur von der Polizei her. Ich hielt ihn für anständig . . . Au wei, wie schade, daß er heute so was Häßliches angerichtet hat, und daß der gnädige Herr ihn dabei gesehen hat. Au wei! Das wird ihm bei dem Herrn Polizeikommissar sehr schaden. Und er hat Weib und Kinder."

Jossele blieb auf dem Trottoir stehen und zupfte Klitzki am Aermel.

„Vielleicht möchte der gnädige Herr dem Herrn Polizeikommissar lieber gar nichts sagen. Er wird ihn fortjagen, denn er ist ein Mann von Charakter."

„Doch will ich es ihm sagen", erwiderte Klitzki trotzig.

„Dann wenigstens nicht alles."

„Alles. Auch, daß er die Diebe nicht verfolgt und das erbeutete Geld mit ihnen geteilt hat."

Einen Augenblick herrschte Schweigen.

Klitzki sah sich und Jossele deutlich, wie sie einander gegenüber standen und sich im Dunkeln mit den Augen maßen.

Aus Josseles Gesichtsausdruck ersah er, daß er dem Juden sehr bedeutungsvolle Worte gesprochen hatte, denn nervöse Zuckungen verzerrten die Fuchsschnauze, und die Augen begannen wie auf Sprungfedern hin und her zu laufen.

Klitzki hatte begriffen, daß etwas geschehen war, das nicht wieder gut zu machen war, das er vielleicht sein Leben lang bedauern konnte. Doch holte er aus seinem Gewissen wieder allen Eifer hervor, mit dem er soziale Pflichten zu erfüllen pflegte. Der Vorrat war groß genug, und das tröstete und ermutigte ihn.

Auch Jossele hatte inzwischen sein Gleichgewicht wieder erlangt.

„Nu, wenn der Herr es gesehen hat . . . Aber der Herr war nicht allein, nicht wahr? Der Herr war im Theater mit dem Kaufmann Horski und seinem Töchterchen! Die haben es also auch gesehen?"

Klitzki erriet instinktiv, daß die „Hiesigen" vor einer Gefahr geschützt werden müssen.

„Nein, nein. Ich war allein. Sie hatten sich von mir verabschiedet und waren schon zu Hause."

„So? . . . Das sind sehr anständige Leute. Wirklich anständig, und das Fräulein ein schönes Mädchen."

Er lachte schlau.

„Der Herr ist vielleicht verliebt? Nehmen Sie's mir nicht übel . . . Jossele steckte seine Nase immer in solche Sachen, denn Jossele spielt auf allen Hochzeiten auf. Ich spiele Ihnen noch eine Mazurka, gnädiger Herr, ja?"

Wie von einer plötzlichen Lustigkeit erfaßt, hob er Klitzki fast empor.

„Jetzt gehen wir zur Polizei. Wir haben nämlich einen kleinen Umweg gemacht. Aber der Herr braucht nichts zu fürchten," rief Jossele erregt, indem er Klitzki mit einem kräftigen Ruck umwendete, „der Herr Polizeikommissar ist ein höchst anständiger Mann und wird Ihnen nichts Böses tun. Ich werde ihn selbst wecken, wenn er schläft und ihn besänftigen. Haben Sie keine Angst!"

Sie waren an einem Flur angelangt, dessen Tür halb offen stand; an der Wand brannte eine kleine Nachtlampe.

„Hier ist die Polizei," sagte Jossele und ließ Klitzki eintreten, „die Lampe brennt die ganze Nacht, das verlangt die Ordnung und Sicherheit. Der Herr braucht gar keine Angst zu haben."

Er blieb stehen, hob einen Finger in die Höhe und horchte.

Klitzki betrachtete ihn jetzt und fand ihn genau so, wie er ihn dort im Dunkel der Straße vermutet hatte: widerwärtig, übelriechend, nervös und mit außergewöhnlicher Körper- und Geisteskraft ausgerüstet. Wie ein Hexenmeister zog er die Gedanken aus seiner verborgenen Seele heraus.

Leise Geigentöne ließen sich aus dem oberen Stockwerk vernehmen.

„Der Herr Polizeikommissar schläft nicht!" sagte Jossele, „er spielt Geige, er spielt gern . . . und gut . . ."

Als er bereits auf der schmutzigen Treppe stand, auf die er Klitzki wie auf einer Leiter hinaufzog, fügte er mit jenem Ausdruck von Stolz und Ironie hinzu, die den Juden eigen ist, denen es gelang, einem Christen das Maul zu zäumen:

„Er ist mein Schüler . . . der Herr Polizeikommissar."

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Dantons Tod.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Gespenstersonate.**
Volksbühne, Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Armut.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½ Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
7½ Uhr: Die verlorene Tochter.

Berliner Theater
7½ Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.
Sonnab. 3½ U.: Lisl's Märchenreise.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: **Peer Gynt.** Musik von Grieg.
Freitag z. 1. M.: Charlotte Stieglitz.

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Reisebegleiter.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Winter in der Schweiz.

Theater für Donnerstag, 1. Februar.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Martha.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. **Herrnfeld**-Theater
7½ Uhr: Der doppelte Buchhalter.
Posse mit Gesang und Tanz.

Kleines Theater
8 Uhr: **Am Teetisch.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Der Puszta-Kavalier.**

Lustspielhaus
7¼ U.: **Der selige Balduin**
mit Henry Bender.

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min.: **Die Csardasfürstin.**
Sonntag ½3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 231.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
7½ U.: **Der Familientag.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ Uhr: **Will und Wiebke.**

Thalia-Theater.
7½ U.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
8¼ Uhr: Relegierte Studenten.
7½ U.: **Blaue Jungens.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater
7¾ U.: **Willis Hochzeitstag.**

Circus
Busch
Tägl. 7½, Sbd. u. Stg. 3½ u. 7½ U.
das grogart. neue Februar-Progr.
9 Uhr Die erfolgreiche, beliebte Prunk-Ausstattungs-Pantomime 9 Uhr
Die Geierprinzessin
Sonntag 3½ Uhr auch nachm.:
Die Geierprinzessin.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Das Glücksmädel.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Musikantenmädel.

WINTER GARTEN
Heute zum ersten Male:
Lillebils Hochzeitsreise
Aegyptische Burleske in 7 Bildern von Ernst Stern. Musik von Bizet (eingerichtet v. Einar Nilson). Entwurf der Dekorationen u. Kostüme v. Ernst Stern
Inszenierung von
Max Reinhardt.
Hauptdarsteller:
Hans Wassmann
Lillebil Christensen,
Katta Sterna, Ernst Matray.
— Das große Ballettkorps —
Krieger, Priester, Götter, Tiere, Dämonen, Tänzerinnen, Sängerinnen, Sklaven, Frauen des Palastes.
Choreographie v. G. Christensen
Ferner:
Vollständiger Wechsel des Varieté-Spielteiles
u. a.:
„Akropolis"
Meisterwerke der Plastik nach neuer künstler. Methode.
Richard Bellack, Humorist, stürmischer Lacherfolg.
Spezialitäten-Programm ersten Ranges.

Zirkus A. Schumann
Der Zirkus ist gut geheizt.
Donnerstag, den 1. Februar, und folgende Tage
7½ Uhr:
Das glänzende Zirkus-Programm.
Neu! **Akrobaten auf dem Globus**
Die Seeräuber
Große Ausstatt.-Pant. i. 4 Akt.
Sonntag: 2 gr. Vorstellungen, 3 Uhr u. 7½ Uhr.
Nachmittags 1 Kind frei.

Apollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Anfang ½8 Uhr.
Neues
Februarprogramm.
Dazu
Neptun auf Reisen.
Ausstattungsposse i. 3 Bildern
Stürmische Heiterkeit.
Prächt. Kostüme u. Dekorationen.

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.

„Cabaret Feldgrau"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr
Cabaret Feldgrau
Ermäßigte Preise!

Volgt-Theater.
Badstr. 58. Täglich: Badstr. 58.
Das Schloß am Meer
Schauspiel in 4 Akten v. Dtt. Walther.
Eröffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Freitag, den 2. 2.: Benefiz für Frl. Hedwig Krahmer: **Griseldis, ein edles Frauenherz.**

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer - Ballett a. d. Oper „Der Prophet"
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Palast
Tägl. 7½. Sonnt. 3½ u. 7½.
Der effektvolle Telefonscherz:
„Hallo, wer dort?"
(8 Personen am Apparat)
u. d. neue Febr.-Progr.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert**
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
An allen Wochentagen: **Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

BERLIN
Fernruf: Moritzpl. 148 14
VIKTORIA-THEATER (früher Sanssouci)
Hchb.-Haltest. Kottbuser Tor
Täglich Abendvorstellung um 7½ Uhr.
HAGENBECK
Bengalische Königstiger, Dompteur: C. Feldmann sowie die übrig. 18 Schlager des Riesenspielplans!
Sonnab. u. Sonnt. je 2 Vorstellungen, um 3½ u. 7½ Uhr.
Vorverk. Hagenbeckkasse, Kottbuser Str. 6, u. Wertheim

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
Um 7½ Uhr: **Buntes Programm.**
Um 8½ Uhr: **Die Schlagerposse**
Einzig in Groß-Berlin
Zwei helle Berliner
Berliner Humor — Berliner Figuren
Sonntag 4 Uhr: Einer vom U-Boot.

Reuters Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutsches Bauwesen im Kriege
Ausstellung von Fotografien
in den Räumen der
Kgl. Akademie der Künste
Pariser Platz 4
Hoch- u. Tiefbauten, die während des Krieges ganz oder zum größten Teil entstanden sind.
Geöffnet 10—3. Eintritt frei.
Dauer der Ausstellung
28. Januar bis 11. Februar.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

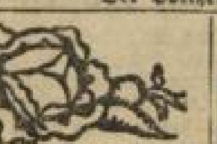
Was wissen Sie von der vaterländischen Hilfsdienst-Pflicht?

In der soeben erschienen Schrift:
Gesetz über den vaterländischen
Hilfsdienst
mit Erläuterungen für jedermann von Justizrat Bernhard Schoenlank in Berlin, finden Sie die Fragen, die sich Ihnen als **Hilfsdienstpflichtiger** aufdrängen, in klarer Weise beantwortet. Die Schrift ist ein **Wegweiser** für die Pflichten und Rechte, die im Gesetz verlangt und gegeben werden.
Preis M. 0,75. Bei vorheriger Einsendung (durch Postanweisung, nicht Marken) franko Zusendung, unter Nachnahme 20 Pf. mehr.
Verlag von Fritz Hessemer, Berlin S. 42, Oranienstr. 140/2; auch durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Ackerstr. 174.
O. Karl Meffe, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markusstraße 36.
NO. L. Bucht, Immanuelkirchstr. 12.
N. A. Walgast, Wattstr. 9. H. Fischer, Bastianstr. 6. Karl Marx, Greifenhagener Straße 22. J. Häutsch, Müllerstr. 34a. H. Vogel, Lortzingstr. 8.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Straße 48.
SW. G. Schmidt, Barwaldstr. 42.
S. St. Feig, Prinzenstr. 31. H. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engelufer 15.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthaler Straße 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Straße 1.
Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 23.
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhoffstr. 28.
Köpenick. Emil Wikler, Kietzer Straße 6 (Laden).
Lichtenberg I. Otto Seifel, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Neukölln. M. Heinrich, Neckarstr. 2. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Niederschöneweide. Wilh. Unruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Karl Krehnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oberschöneweide. Otto Freiband, Bismarckstr. 28.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56 (Laden).
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Meininger Straße 9 (Laden).
Spandau. Schumacher, Breite Straße 64.
Steglitz. H. Berseke, Alsenstr. 3.
Tempelhof. Bedermann, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.
Treptow, Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412 (Laden).
Weißensee. Gustav Rohlapf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken betreffend **Beschlagnahme von Natron-(Sulfat-)Zellstoff, Spinnpapier und Papiergarn** tritt am 1. Februar 1917 in Kraft.
Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".
Berlin, den 1. Februar 1917
56. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**


Adlersaat
Baut mehr Gemüse, doch laßt unser Buch, und recht zu machen. / **Frühgemüse,** Spätgemüse, dankbare Blumen. / Adlers Früh- u. Spätgemüsesamen haben Weltruf.
Buch u. Gesamtpreisliste gegen Einsendung von 45 Pf. in Marken
Adler & Co. Samenzüchter Erfurt 52

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Beinkranke. **Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufsstör. i. Dr. **Homeyer & Co.** kons. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Königstr. 34-36, Ecke Neue Friedrichstr.
Spr. 10—1 u. 3—8, Sonnt. 10—1.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Verkäufe

Geld! Geld! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, kaufen. Im Verlaß gewesene Anzüge, Paletots, Ulster sowie neue Maßgarderoben, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Alaskafüchse, Sommerpreise. Silberne Uhren 5.—, goldene Damenuhren 8.—, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2. *

Chauffeurpelz, durchweg Pelz gefüttert. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz. *

Pelzgarnituren! Skunksstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Offizierspelz, unter Mantel tragbar, nagelneu, warm, leicht, praktisch verkäuflich. Opossumkragen abknöpfbar. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz. *

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen, Vormärtsleiern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Reisepelz, Fahrpelz mit großem Pelzkragen. Gelegenheit! Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz. *

Hühnerfutter, Weidemann, Neukölln, Hobrechtstraße 28.

Papageifutter, Vogelfutter, Weidemann, Neukölln, Hobrechtstraße 28.

Kanarienvögel, Weidemann, Neukölln, Hobrechtstraße 28. 9/10*

Gehpelz, schwarz Kragen, schwarzes Futter, guter Tuchbezug, 150 Mark. Gelegenheit. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz. *

Lippmann, Otto. Hilfsbuch für die Dreherei mit 260 Abbildungen. Gebunden Mark 3.40. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Möbel

Moebel-Poebel, Moritzplatz 58 Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Küchenmöbel. Größte Auswahl, niedrigste Preise. Besichtigung 8—8, Sonntag 12—2. Eventuell Zahlungserleichterung. 8*

Speisezimmer! kriegshalber nicht abgenommen, nie wiederkehrendes Extraangebot. Büfett, 1,8? breit, entzückend, mit reicher Kristallverglasung, reizende Kredenz mit ovalem Kristallspiegel, großer Auszugtisch, 6 Lederstühle, komplett 735,—, sonst bedeutend teurer. Besichtigung lohnt. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30.

Kaufgesuche

Platinabfälle! Gramm bis 7,30, Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 98*

Leinölfirnis, Bienenwachs, rein, Borax, Kopal, Zeresin, Paraffin, sämtliche Oellacke, Schellack, Terpentinersatz und ähnliches kauft, höchste Preise zahlend, Wolter, Thaerstraße 6. Königstadt 3353. *

Zahngebisse, Platinabfälle, Gramm 7,50, höchstzahlend. Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). *

Platinankauf. Gramm bis 7,60, ebenfalls Ankauf alter Zahngebisse, Bestecken, Ringe, Schmucksachen, Ketten, Glühstrumpfasche zu reellen Preisen. Metallkontor Zohn, gegründet 1903, nur Alte Jakobstraße 138 und Kottbuserstraße 1 (Kottbusertor). Moritzplatz 12858. Firma genau beachten.

Sektkorken 20 Pfennig, Weinkorken 1 Pfennig, aller Art, Schallplatten, Waagen, jeden Posten, kauft höchstzahlend Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. *

Sektkorke, gebraucht, 2½ Pfennig pro Stück, gebrauchte lange Weinkorke, 3 Pfennig pro Stück, kauft Rachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 30. 215/8*

Militärtressen! Bestecke! Ringe! Ketten! Schmucksachen! Glühstrumpfasche usw. höchstzahlend. Händler Vorzugspreise! Metallschmelze Coun, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. *

Meerschweinchen zahlt 1,50 den ganzen Monat. Meyer, Kottbuserufer 62.

Unterricht

Klavierkursus. Erwachsenen Schnellmethode, Monatspreis 3,—. Klavierüben frei. Musikakademie Oranienstraße 68 (Moritzplatz) *

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienm, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 65R*

Vermietungen

Zimmer

Ein zweifenstriges möbliertes Flurzimmer mit Gas an Herrn zu vermieten. Stralsunderstraße 29, Aufgang II, vorn 4 Treppen links.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

Stellenangebote

Bureaudiener, jüngerer, sofort gesucht. Nur solche Bewerber wollen sich melden, die bereits einige Zeit als Diener in großem Bureau tätig waren und im Verkehr mit dem Publikum gewandt sind. Hoher Lohn. Persönliche Vorstellung in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags oder 5—7 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2, IV. Stock. *

Korbmacher auf Munitionskörbe, 98er, sucht F. Ancion u. Co., Wilhelmstraße 122a. 1829b*

Verkäuferinnen, tüchtige, für Kurzwaren, Leinen- und Baumwollwaren, Möbelstoffe, Tapisserie, Weißwaren sofort gesucht. Meldungen von 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

Arbeitsfrauen sofort gesucht. Meldungen mit Zeugnissen von 9—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags in der Personalverwaltung IV. Stock. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

Buchhalterinnen, tüchtige, mit schöner Handschrift, sofort gesucht. Meldungen von 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 6—7 Uhr abends in der Personalverwaltung, 4. Stock. A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Junge Mädchen über 16 Jahre für leichte dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn sucht sofort Zigarettenfabrik Garbaty, Pankow, Hadlichstraße. *

Kriegerfrauen als Arbeiterinnen verlangt Edmund Müller u. Mann A.-G., Lack- und Farbenfabrik, Berlin-Tempelhof, Berlinerstraße 167/8. R*

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Markusstraße 36. *

Zeitungsfrauen für Hermsdorf und Waidmannslust sucht Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10. *

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts"-Spedition, Wattstraße 9.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Tempelhof, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Werderstraße. *

Zeitungsfrauen verlangt sofort Spedition Greifenhagenerstraße 22. *

Erfahrenen Meister
für Eisenzünderdreherei
sucht sofort 9/7
Kärger Akt.-Ges., Brunnenstr. 52.

Gespann
zum Transport von zirka 4000 Kilo Kohlen von Charlottenburg nach der Lindenstraße sucht
2* **Vorwärts-Buchdruckerei.**

Sitzung des Reichstagsausschusses.

Bethmann über den U-Bootkrieg.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages nahm der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg das Wort zu folgenden Ausführungen:

Am 12. Dezember habe ich im Reichstage die Erwägungen dargelegt, die zu unserem Friedensangebot geführt hatten. Die Antwort unserer Gegner hat klipp und klar dahin gelautet, daß sie Verhandlungen mit uns über den Frieden ablehnen, daß sie nur von einem Frieden etwas wissen wollen, den sie diktieren. Damit ist vor aller Welt die

Schuldfrage wegen der Fortsetzung des Krieges

entschieden. Die Schuld lastet allein auf unseren Gegnern. Ebenso fest steht unsere Aufgabe. Ueber die Bedingungen des Feindes können wir nicht diskutieren. Nur von einem aufs Haupt geschlagenen Volke könnten sie angenommen werden. Kämpfen also heißt es.

Die Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß zeigt seinen ernsten Wunsch, den Weltfrieden wieder herbeizuführen. Viele der von ihm aufgestellten Maximen begegnen sich mit unseren Zielen, Freiheit der Meere, Beseitigung des Systems der balance of power (des Gleichgewichts der Kräfte), das immer zu neuen Verwicklungen führen muß, Gleichberechtigung der Nationen, offene Tür. Was aber sind die Friedensbedingungen der Entente? Deutschlands Wehrkraft soll vernichtet werden, Elsaß-Lothringen und unsere Ostmarken sollen wir verlieren, die Donaumonarchie soll aufgelöst, Bulgarien abermals um seine nationale Einheit betrogen, die Türkei aus Europa verdrängt und in Asien zerschlagen werden. Die Vernichtungsabsichten unserer Gegner können nicht stärker ausgedrückt werden.

Zum Kampfe aufs letzte sind wir herausgefordert. Wir nehmen die Herausforderung an. Wir setzen alles ein, und wir werden siegen.

Durch diese Entwickelung der Dinge ist die Entscheidung über die Führung des U-Bootkrieges in ihr letztes und akutes Stadium gedrängt worden.

Die Frage des U-Bootkrieges

hat uns, wie die Herren sich erinnern werden, gemeinsam in diesem Ausschuß dreimal beschäftigt, im März, im Mai und im September vorigen Jahres. Ich habe jedesmal den Herren in eingehenden Darlegungen das Für und Wider der Frage vorgetragen. Ich habe mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ich jedesmal pro tempore (für die Zeit) sprach, nicht als grundsätzlicher Anhänger oder grundsätzlicher Gegner der uneingeschränkten Anwendung der U-Boote, sondern in Erwägung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation, immer von der Prüfung der Frage ausgehend: Bringt uns der uneingeschränkte U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden näher oder nicht? „Jedes Mittel — sagte ich im März — das den Krieg abzukürzen geeignet ist, ist das allerhumanste." „Auch das rücksichtsloseste Mittel, das uns zum Siege und zum schnellen Sieg führt — sagte ich damals — muß angewandt werden."

Hinzu kommt namentlich für England die Zufuhr von Erzen für die Munitionsfabrikation in weitestem Sinne und von Holz für den Kohlenbergbau.

Noch gesteigert werden die Schwierigkeiten unserer Feinde auf diesen Gebieten durch die Zunahme der feindlichen

Frachtraumnot.

Hier hat die Zeit und hat der Kreuzerkrieg der U-Boote dem entscheidenden Schlag vorgearbeitet. Unter der Frachtraumnot leidet die Entente in allen ihren Gliedern. Sie macht sich für Italien und Frankreich nicht weniger als für England geltend.

Dürfen wir so jetzt die positiven Vorteile des uneingeschränkten U-Bootskrieges sehr viel höher einschätzen als im vorigen Frühjahr, so sind gleichzeitig die Gefahren, die uns aus dem U-Bootskrieg erwachsen, seit jener Zeit gesunken.

Der Reichskanzler erörterte darauf eingehend die allgemeine politische Lage.

Er fuhr dann fort: Der Feldmarschall Hindenburg hat mir vor wenigen Tagen die Lage wie folgt bezeichnet:

Unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die nötigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte. Und weil dieser U-Bootkrieg unter allen Umständen ein Mittel ist, um unsere Feinde auf das schwerste zu schädigen, muß er begonnen werden.

Admiralstab und Hochseeflotte sind der festen Ueberzeugung, einer Ueberzeugung, die in den Erfahrungen des U-Bootkreuzerkrieges ihre praktische Stütze findet, daß England durch die Waffe zum Frieden gebracht werden wird.

Unsere Verbündeten stimmen unseren Ansichten zu. Oesterreich-Ungarn schließt sich unserem Vorgehen auch praktisch an. Ebenso wie wir um England und die Westküste von Frankreich ein Sperrgebiet legen, in dem wir jede Schiffahrt nach den feindlichen Ländern zu verhindern trachten werden, ebenso erklärt Oesterreich-Ungarn ein Sperrgebiet um Italien. Allen neutralen Ländern ist für den Verkehr untereinander außerhalb des Sperrgebietes freie Bahn gelassen.

Amerika

bieten wir ebenso, wie wir es schon 1915 getan haben, unter bestimmten Modalitäten gesicherten Personenverkehr auch mit den bestimmten englischen Häfen an.

Darauf verlas der Reichskanzler die Note an die Regierung der Vereinigten Staaten und teilte mit, daß entsprechende Noten an die übrigen Neutralen gerichtet worden sind.

Der Reichskanzler schloß mit folgenden Worten:

Niemand unter uns wird vor dem **Ernst des Schrittes**, den wir tun, die Augen verschließen. Daß es um unser Leben geht, weiß seit dem 4. August 1914 jeder. Und durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes ist dies Wissen blutig unterstrichen.

Als wir 1914 gegenüber der russischen Generalmobilmachung zum Schwerte greifen mußten, da taten wir es in dem Gefühle tiefster Verantwortung gegen unser Volk und in dem Bewußtsein entschlossener Kraft, die da spricht: Wir müssen, darum können wir auch. Unendliche Ströme Blutes sind seitdem geflossen, aber das Müssen und Können haben sie nicht weggewaschen. Wenn wir uns jetzt zur Anwendung unserer besten und schärfsten Waffe entschlossen haben, so leitet uns nichts als nüchterne Erwägung aller in Frage kommenden Umstände, nichts als der feste Wille, unserem Volk herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die ihm unsere Feinde zudenken. **Der Erfolg steht in höherer Hand. Was Menschenkraft vermag, um ihn für unser Vaterland zu erzwingen, seien Sie sicher, meine Herren, nichts dazu ist versäumt, alles dazu wird geschehen.**

Der Reichskanzler führte dann weiter aus, weshalb er im März und im Mai des vergangenen Jahres **gegen** den uneingeschränkten U-Bootkrieg gewesen sei und weshalb die Frage auch im September nach dem übereinstimmenden Urteil der politischen und der militärischen Leitung nicht spruchreif war.

Er kam in diesem Zusammenhang auf seine frühere Aeußerung zurück:

„Sobald ich in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zu der Ueberzeugung komme, daß uns der rücksichtslose U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden näherst, dann wird der U-Bootkrieg gemacht werden."

Dieser Zeitpunkt, fuhr er fort, ist jetzt gekommen. Im vorigen Herbst war die Zeit noch nicht reif, aber

heute ist der Augenblick gekommen,

wo wir mit der größten Aussicht auf Erfolg das Unternehmen wagen können. Einen späteren Zeitpunkt dürfen wir aber auch nicht abwarten.

Was hat sich geändert? Zunächst das Wichtigste.

Die Zahl unserer U-Boote hat sich gegen das vorige Frühjahr sehr wesentlich erhöht. Damit ist eine feste Grundlage für den Erfolg geschaffen.

Dann der zweite ausschlaggebende Punkt.

Die schlechte Weltgetreideernte. Sie stellt schon jetzt England, Frankreich und Italien vor ernste Schwierigkeiten. Wir haben die feste Hoffnung, diese Schwierigkeiten durch den unbeschränkten U-Bootskrieg zur Unerträglichkeit zu steigern. Auch die Kohlenfrage ist im Kriege eine Lebensfrage. Sie ist schon jetzt, wie Sie wissen, in Frankreich und Italien kritisch. Unsere U-Boote werden sie noch kritischer machen.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes machte danach Mitteilungen vom militärischen und marinetechnischen Standpunkt aus. — Der Staatssekretär des Innern behandelte an der Hand ausführlicher statistischer Angaben die wirtschaftliche Weltlage. Sodann machte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Mitteilungen über eine Reihe besonderer Fragen.

Es folgte eine geheime Sitzung des Ausschusses. Bei der alsdann wieder aufgenommenen vertraulichen Beratung nahmen Vertreter des Zentrums, der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei das Wort.

Morgen vormittag wird die Beratung fortgesetzt.

Das Ende der „Laurentic".

London, 31. Januar. Die Admiralität teilt mit: Es ist jetzt festgestellt, daß die „Laurentic" **durch eine Mine untergegangen** und nicht durch ein Unterseeboot versenkt worden ist.

•

London, 31. Januar. Ueber den Untergang der „Laurentic" werden aus Belfast noch weitere Einzelheiten gemeldet. Danach ereignete sich das Unglück am Freitag morgen an der Nordküste von Irland. Kurz nachdem der Hilfskreuzer den Hafen verlassen hatte, lief er auf eine Mine. Das Schiff hatte eine Besatzung von 475 Mann an Bord, von denen **etwa 260 umgekommen** sind. Die Explosion war gewaltig. Ein großes Leck wurde in die Seite des Schiffes gerissen, eine erhebliche Anzahl von Heizern wurde auf der Stelle getötet. Das Schiff sank fast unmittelbar darauf. Da jedoch die Disziplin der Mannschaften gewahrt blieb, konnten zahlreiche Personen, die ins Wasser gefallen waren, von den übervollen Booten aus gerettet werden. Die Insassen waren nur halb angekleidet und hatten unter der bitteren Kälte furchtbar zu leiden, da es erst nach einigen Stunden Fischern gelang, sie aufzunehmen. Bisher sind 100 Leichen von der Besatzung des Hilfskreuzers an Land gespült worden.

Die Versenkung des „Amiral Magon".

Das französische Marineministerium berichtet: Das Schiff der „Compagnie des Chargeurs Réunis" „Amiral Magon", das 900 Mann Truppen in der Nähe von Saloniki beförderte und von dem Torpedobootszerstörer „Arc" begleitet war, wurde am 25. Januar durch ein feindliches Unterseeboot torpediert. Das Periskop wurde erst in dem Augenblick bemerkt, als der Torpedo abgefeuert wurde. Der „Amiral Magon" sank binnen zehn Minuten. 809 Mann wurden durch den begleitenden Torpedobootszerstörer, den in der Nähe patrouillierenden und sehr schnell herbeigeeilten Torpedobootszerstörer „Bombarde" sowie sieben Schaluppen gerettet. Der Kommandant und die Besatzung des „Amiral Magon" sowie die beförderten Truppen zeigten eine ausgezeichnete Haltung. Der Stab und die Besatzung des „Arc" gaben Beweise größter Aufopferung. Die Leute stürzten sich wiederholt trotz des schlechten Wetters ins Meer, um sich den Soldaten des torpedierten Schiffes zu nähern und sie an Bord zu ziehen. Die meisten Opfer wurden durch die Explosion auf der Stelle getötet.

Versenkt, gesunken, aufgebracht. Lloyds meldet, daß der englische Fischdampfer „Alexandra" versenkt wurde. Die dänische Goelette „Begg" wurde am 24. v. M. versenkt. Das norwegische Telegrammbureau meldet, der Dampfer „Argo" von Haugesund ist am 28. Januar bei Innerdowsing auf eine Mine geraten. Der Kapitän und acht Mann ertranken, neun wurden gerettet. Der Dampfer „Fulten" wurde vor der Nordküste Spaniens von den Deutschen aufgebracht. Die Besatzung wurde gelandet. „Allgemeen Handelsblad" berichtet, daß der vermißte niederländische Tankdampfer „Juno" mit völlig aufgerissenem Deck im Hoek van Holland angekommen ist. Das Schiff ist zuerst auf eine Mine gelaufen und dann in den Downs mit einem anderen Schiff zusammengestoßen.

Der Fall des „Trondhjemsfjord". Die norwegische Schiffsreedervereinigung erhielt von dem deutschen Oberprisengericht die Mitteilung, daß die Versenkung des Dampfers „Trondhjemsfjord" von der norwegisch-amerikanischen Linie zu Recht erfolgt sei. Die norwegische Vereinigung wird den Fall vor ein internationales Prisengericht bringen, da man der Ansicht ist, daß die Uebernahme des früher englischen Dampfers durch die norwegische Reederei nicht gegen die Londoner Deklaration verstößt. In gleicher Weise will man bezüglich des versenkten Dampfers „Eubassa" vorgehen.

Neuer Friedensvorstoß der italienischen Sozialisten.

Lugano, 31. Januar. Der „Avanti" veröffentlicht den Text des angekündigten Antrags der Sozialisten, der verlangt, daß die italienische Regierung Wilsons Friedensbestrebungen aufs energischste bei den Alliierten unterstützen solle.

Ein Anschlag gegen Lloyd George?

Amsterdam, 31. Januar. „Daily Mail" berichtet, daß gestern vier Personen (drei Frauenrechtlerinnen und ein Mann mit religiösen Skrupeln) unter dem Verdacht, einen Anschlag geplant zu haben, verhaftet wurden. „Daily Sketch" meldet, daß drei Frauen und ein Mann unter der Beschuldigung verhaftet wurden, daß sie den Premierminister mit Gift aus dem Wege räumen wollten.

Die sechste Mobilisationsanleihe der Schweiz.

Bern, 31. Januar. Die Zeichnung auf die sechste schweizerische Mobilisationsanleihe hatte folgendes Ergebnis: Zur Konversion in sechste Anleihe wurden 22 174 100 Fr. der ersten Mobilisationsanleihe angemeldet. Die übrigen Zeichnungen machten 139 154 600 Fr. aus, die Zahl der Zeichner betrug 25 968. Das Ergebnis wird als glänzendes Zeugnis dafür angesehen, daß das Schweizer Volk bereit ist, dem Staat die notwendigen Mittel zum Schutz der Neutralität zur Verfügung zu stellen.

Weltwirtschaft, Staatswirtschaft und Kriegsernährung.

Ueber dieses dankbare Thema sprach am Mittwochabend Dr. August Müller als Gast der Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung im preußischen Abgeordnetenhaus.

Der Redner führte aus:

Die Kriegswirtschaft hat die alte Frage nach der Abgrenzung der Staatsgewalt vom Wirtschaftsleben zur Diskussion gestellt, die aber, wie sie bisher geführt wurde, zu wenig Respekt vor den Tatsachen zeigt und zu sehr von aus dem Frieden übernommenen Doktrinen beherrscht ist.

Als die Mobilmachungsorder erschien, begann die Unterwerfung des Individuums unter den Staat — eine Unterwerfung, die immer vollkommener wird und doch ertragen wird, weil das Gefühl allgemein ist, daß das Land unseres Lebens und unserer Arbeit bedroht ist.

Der Kritiker der zwangsläufigen Wirtschaft hat den offenbaren Vorteil, daß er auf empfindliche Beschränkungen oder sogar offenbare Nachteile nachweisen kann, daß ihm aber nicht entgegengehalten werden kann, wie sich das Leben wohl bei freier Wirtschaft gestaltet hätte. Nur das Beispiel der Gänse gibt eine Vorstellung von den Folgen der freien Wirtschaft. Calwer hat als Verteidiger der freien Wirtschaft höhere Preise als Voraussetzung stärkerer Produktion gefordert. Aber es ist von vornherein unmöglich, durch Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung den auf ⅔ der Friedensration zu schätzenden Fehlbetrag an Nahrungsmittel auszugleichen. Schon für die guten Böden fehlt es an Dünger, Gespannen, Arbeitskräften. Die objektiven Faktoren, die den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bewirken, lassen die Aufhebung der Höchstpreise als untaugliches Mittel zur Produktionsförderung ansehen.

Die Massenspeisung soll die breiten Volksmassen von dem Druck der hohen Preise befreien. Aber die Massenspeisung würde Reich, Staaten und Gemeinden ungeheuerlich belasten und schließt doch nicht aus, daß zahlungsfähige Käufer von Warenschiebungen profitierten. Die hemmungslos gestiegenen Preise würden eine Erbitterung gegen die Landwirte anschwellen lassen, die sich in der Bewertung und Behandlung der Landwirte im politischen Leben spiegeln würden. Im Grunde gibt es keine schnödere Beleidigung gegen die Landwirte als der Schlachtruf: Lasset die Landwirte erzeugen, dann werden sie erzeugen und liefern!

Gegenwärtig wird versucht, eine bessere Preisrelation zwischen den verschiedenen Produktion herzustellen, wodurch einige empfindliche Verschiebungen in der Produktion eingetreten sind.

Der Handel ist soweit auszuschalten, als er spekulativ ist, und nur soweit in der Kriegswirtschaft zu beschäftigen, als er technisch für die Verteilung notwendig.

Ungenügend ist die Verteilung, deren offenbare Mängel sich in dem blühenden Schleichhandel zeigen. Bei gleicher Verteilung kämen wir gut aus. Schon der Erzeuger leidet nicht, wenn er auch nicht schwelgen mag. Dazu kommt der Lebensmittelschmuggel. Wer zu diesen Schichten nicht gehört, der leidet unter unzulänglicher Ernährung.

Der Schleichhandel wird zum Teil aus den Hausschlachtungen gespeist, über die allzu liberale, reformbedürftige Bestimmungen bestehen. Der Schleichhandel wird nur zu unterdrücken sein, wenn die Erzeugnisse beim Erzeuger erfaßt werden. Die größte Schwierigkeit ist die staatliche Zersplitterung Deutschlands, dem das Kriegsernährungsamt als reine Verordnungsbehörde ohne eigene Exekutivorgane machtlos gegenübersteht. Daher jetzt und in Zukunft: Mehr Zentralismus, weniger Pflege historischer Eigenarten in den Bundesstaaten!

Auch in der Uebergangswirtschaft wird Mangel herrschen, der, wenn der freie Verkehr eingeführt wird, das deutsche Volk Wucherern ausliefert. An der zwangsläufigen Wirtschaft darf nicht gerüttelt werden!

Letzte Nachrichten.

Petersburger Konferenz.

Lugano, 31. Januar. Sonninos „Giornale d'Italia" erklärt, daß das kolossale Rußland bisher noch unfähig gewesen sei, der gemeinsamen Sache der Entente diejenige Unterstützung zu leihen, die seiner Riesenausdehnung entspricht. Rußlands Kräftemöglichkeiten seien unbegrenzt, aber leider seien Einflüsse am Werke, durch welche Rußland an der ungehinderten Entfaltung seiner Kraft eingeschränkt werde. Rußland sei eben zum Unterschiede von seinen anderen Verbündeten vom Kriege völlig überrascht worden und sei daher im Augenblicke einschneidender innerer Umwandlungen in seinem Gleichgewicht gestört.

Die Rettung der U-Bootmannschaft.

Kristiania, 31. Januar. „Tidens Tegn" erfährt aus Hammerfest über die Rettung der deutschen U-Bootbesatzung, daß ein kleineres Boot, das mehrmals hinausgehen mußte, die Rettung bewerkstelligt hat. Die meisten Deutschen mußten ins Wasser springen und mittels einer Leine an Bord gezogen werden. Während der letzten Fahrt des Rettungsbootes sank das U-Boot, und das Rettungsboot entging mit knapper Not der Gefahr, mit hinabgezogen zu werden. Die Mannschaft wurde in Hammerfest interniert, am nächsten Tage jedoch freigegeben und reiste südwärts weiter.

Neue U-Boot-Erfolge.

Bern, 31. Januar. „Temps" zufolge wurde der russische Dampfer „Egreu" (3180 Tonnen) versenkt.

London, 31. Januar. Lloyds meldet, daß der spanische Dampfer „Punta Teno" versenkt wurde, ferner daß der dänische Dampfer „Daisy" versenkt und die Besatzung gelandet wurde.

Explosion in einer französischen Kriegswerkstätte.

Bern, 31. Januar. Laut „Petit Parisien" fand in der Kriegswerkstätte in Hazebrouk eine Wasserstoffexplosion statt. In dem Gebäude waren ungefähr vierzig Arbeiter beschäftigt. Mehrere wurden getötet, viele schwer verletzt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Ausbildung weiblicher und ungelernter Personen im Buchdruckgewerbe.

Durch eine Bekanntmachung des Tarifamtes vom November 1916 war die Zulassung von weiblichen und ungelernten Arbeitern zum Buchdruckgewerbe ausgesprochen. In einer neueren Bekanntmachung veröffentlicht das Tarifamt der Buchdrucker die dazu in einer Tarifamtssitzung beschlossenen Ausführungsbestimmungen. Danach ist bestimmt, daß der Zeit der Ausbildung eine vierwöchentliche Probezeit vorausgehen darf. Die Entlohnung während der Probezeit unterliegt der Vereinbarung der Vertragsparteien. Auf die vom Tarifausschusse für die Gehilfen beschlossenen Teuerungszulagen haben die Ersatzkräfte keinen Anspruch, weil die für sie festgesetzten Lohnsätze schon den verteuerten Lebensbedingungen angepaßt sind. Die Prinzipale sind berechtigt, mit den heranzubildenden Ersatzkräften Arbeitsverträge auf längere Zeit abzuschließen, jedoch mit der einschränkenden Bestimmung, daß die Verträge beider Parteien nur auf die Dauer des Krieges zur Innehaltung des Arbeitsvertrags verpflichten und vorab nicht über das Jahr 1917 hinausgehen. Die während des Jahres 1917 arbeitslos werdenden Ersatzkräfte haben sich jedoch nicht bei den Arbeitsnachweisen um Arbeit zu melden, sondern sie müssen sich an das Tarifamt als Zentralarbeitsnachweis wenden.

Berlin und Umgegend.

Agitation im Tabakarbeiterverband.

Mit der Dauer des Krieges erwächst den Gewerkschaften die Pflicht, sich der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder im erhöhten Maße zuzuwenden. Der Tabakarbeiterverband veranstaltet zu diesem Zwecke in der Zeit vom 18. bis 24. März eine Agitationswoche. In einem Aufruf weist der Zentralvorstand die Zahlstellen an, mit den Vorbereitungen zur Agitationswoche schon jetzt zu beginnen. Hausagitation, Flugblätter und auch Versammlungen, vor allem aber Fabrikbesprechungen und die persönliche Agitation sollen als Mittel zur Anwendung gebracht werden. An die Gauleiter, Ortsverwaltungen sowie an alle Mitglieder ergeht die Aufforderung, zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Erfolg dieser Agitationswoche zu einem glänzenden zu machen. Die Agitation soll sich auch besonders auf die Gewinnung von Arbeiterinnen für den Verband erstrecken. Diese Agitation wird u. a. deswegen als wichtig bezeichnet, damit nach dem Kriege, wenn eine schlechte Konjunktur einsetzen sollte, die Organisation gerüstet dasteht und die Berufsangehörigen vor wirtschaftlichem Schaden bewahrt werden. Dieser Agitationswoche ist größter Erfolg zu wünschen.

Einheitliche Teilstücklohnsätze für die Militärschneiderei.

In der Nr. 22 des „Vorwärts" vom 28. Januar haben wir bereits darauf hingewiesen, daß am 1. Februar neue Teilstücklohnsätze in Kraft treten. Diese sind jetzt in einem sehr umfangreichen Tarif festgesetzt. Bei der Wichtigkeit dieser tariflichen Lohnfestsetzungen — namentlich auch für die zahlreich in der Militärschneiderei beschäftigten Arbeiterinnen — veröffentlichen wir sie in vollem Wortlaut. Der Umfang des Tarifes erfordert allerdings die Veröffentlichung in einigen Fortsetzungen.

Bei den Lohnsätzen ist aber besonders zu beachten, daß die Herstellung und Bezahlung der Militärarbeiten in der für die einzelnen Teilarbeiten vorgesehenen Weise erfolgen muß. Abweichungen von diesen Teilstücklohnsätzen sind verboten!

Die Nähzutaten muß der Arbeitgeber den Arbeitern **zum Selbstkostenpreis** abgeben. Den **Büglern** ist bei der Bluse, dem Einheitsmantel, dem Wachtmantel und dem Gefangenenmantel der Klebestoff und die Seife vom Arbeitgeber zu liefern. In jedem Falle hat der Arbeitgeber dem Bügler die Bügellappen und Bügeldecken zu liefern. Die Lohnsätze sind auf Grund der Erfahrungen in einigen größeren Betrieben folgendermaßen festgesetzt:

Bluse.

a) Einrichten. Taschen abzeichnen, Aermelaufschläge zurechtschneiden, Futter schneiden, nach Farbe sortieren, laufende Nummer anheften und Zutaten zuteilen 0,40 M.

b) Maschinenarbeit. Seitentaschen anfertigen (ohne Riegel) und Vorderteilbesetzen stückeln 0,33. Futterstreifen vornähen und Kante steppen am linken Teil und der Knopflochpatte 0,11. Rücken anfertigen 0,14. Vorder-, Seiten- und Rückenteile zusammensetzen, mit Schoßtaschen anbringen 0,24. Leibfutter zusammennähen, Soldbuch-, Brust- und Verbandzeugtasche anfertigen 0,80. Knopflochpatte, Kante ringsherum und Knopflinie durchsteppen 0,13. Aermel mit Aufschlag und Futter zusammennähen 0,22. Achsel mit Futter zusammennähen 0,05. Unterkragen aufstückeln und absteppen 0,12. Oberkragen steppen und Kragenschlaufe anfertigen 0,07. Kragen aufnähen 0,05. Aermel einnähen und Aufhänger anfertigen 0,05 M. In Summa 1,80 M.

c) Knopflöcher anfertigen (ohne Riegel) 0,18 M.

d) Handarbeit. Kanten abzeichnen und verschneiden, Seitenhaken und Knopflöcher abzeichnen 0,13. Seiten- und Rückenhaken auf Futterstreifen aufnähen 0,10. Seiten- und Rückenhaken einstickeln, Taschenriegel anbringen und Knopflöcher an der Knopflochpatte verriegeln 0,88. Kanten umheften 0,10. Knopflochpatte und Futter einheften 0,80. Aermel unterziehen und Aufschlag feststickeln 0,15. Kragen verschneiden 0,08. Oberkragen aufheften und umsäumen 0,23. Kragenhaken und Oesen anbringen 0,18. Kragen aufheften 0,06. Oberkragen übernähen 0,07. Aermel einheften 0,10. Futter staffieren, Durchnähen des Futters an den Seitenhaken, Festheften der Futterfalte, Aufnähen der Verbandzeugtasche, Zwickel aufsetzen, Aermelfutter übernähen und sämtliche Riegel anbringen 0,80. Knöpfe abzeichnen 0,05. Knöpfe annähen 0,15. Kragenschlaufe annähen 0,03 M. In Summa 3,21 M.

e) Bügeln. Vorderteile einbügeln und Futterstreifen einkleben 0,21. Taschenpatten und linkes Teil bügeln, Besetzen ausbügeln und Futter bügeln 0,06. Seiten- und Rückennähte ausbügeln 0,07. Aermelnähte ausbügeln 0,06. Aermel abbügeln 0,08. Achselnähte ausbügeln 0,02. Ober- und Unterkragen ziehen, mit Unterkragennähte ausbügeln 0,11. Kragen abbügeln 0,06. Kragen ausbügeln 0,03. Bluse abbügeln 0,25 M. In Summa 0,95 M.

Gesamtlohn für die Bluse 6,54 M.

Bemerkung: Für das Aufnähen der Kragenlitzen 0,41 M. mehr.

Tuchhose.

a) Einrichten. Laufende Nummer anheften, Taschen abzeichnen und einschneiden, Schnallgurte, Schlitzleiste und Hosenstücke zurechtschneiden, Zutaten zuteilen und Biesen reißen 0,20 M.

b) Maschinenarbeit. Taschen anfertigen 0,33. Schnallgurte Schnallgurtschlaufen, Knopflochleiste und Aufhänger anfertigen, Gesäßfutter zusammennähen, Hosenstücke und Knopfstreifen annähen 0,23. Biesen einnähen 0,14. Schritt- und Kreuznaht zusammennähen 0,13. Schlitzleiste, Bundfutter und Knopfstreifen absteppen 0,17 M. In Summa 1 M.

c) Knopflöcher anfertigen (ohne Riegel) 0,10 M.

d) Handarbeit. Linke Schlitzseite umstaffieren 0,04. Taschenfutter an der Seitennaht anstaffieren 0,04. Knopflöcher abzeichnen 0,01. Bund beschneiden, unteren Hosensaum abzeichnen und beschneiden 0,03. Knopf- und Schnallgurtbeilage unterheften, Knopflochleiste, Bundfutter, Knopfstreifenfutter und Gesäßfutter einheften 0,28. Knopflöcher verriegeln 0,07. Bund- und Gesäßfutter anstaffieren, Taschen- und Hosenschlitz sticheln, sowie sämtliche Riegel anbringen, Aufhänger, Schnallgurtschlaufen und Knöpfe annähen, Fußfutter und unteren Saum ein- bzw. umheften und anstaffieren 0,92 M. In Summa 1,39 M.

e) Bügeln. Hosen ziehen, Hosenstücke, Taschenbesetzen und Knopfstreifen ausbügeln 0,25. Nähte ausbügeln und Hose einbügeln 0,15. Hose abbügeln 0,20 M. In Summa 0,60 M.

Gesamtlohn für die Tuchhose 3,29 M.

Einheitsmantel.

a) Einrichten. Taschen, Seitenhakenschlitze, Taillenlänge und Rückenschlitz abzeichnen, Gurte und Aermelaufschläge zurechtschneiden, Futter schneiden, nach Farben sortieren, laufende Nummer anheften und Zutaten zuteilen 0,42 M.

b) Maschinenarbeit. Seitentaschen anfertigen (ohne Riegel), Vorderteilbesetzen stückeln 0,60. Rückenschlitz und Gurte anfertigen 0,30. Seitenschlitzleder aufsteppen 0,04. Kanten und Knopflinie steppen 0,18. Rückenfalte steppen 0,04. Brusttasche anfertigen (ohne Riegel) 0,06. Seitennähte zusammennähen 0,07. Gurte an den Seitennähten durchsteppen 0,02. Aermel mit Aufschlag und Futter zusammennähen 0,22. Achsel mit Futter zusammennähen 0,04. Unterkragen stückeln und absteppen 0,13. Oberkragen und Kragenschlaufe steppen 0,07. Kragen aufnähen 0,05. Aermel einnähen und Aufhänger anfertigen 0,05 M. In Summa 1,92 M.

c) Knopflöcher anfertigen (ohne Riegel) 0,30 M.

d) Handarbeit. Kanten abzeichnen, verschneiden und sämtliche Knopflöcher abzeichnen 0,14. Eckenband vorlegen und anstaffieren 0,10. Kanten umheften und Besetzen unterheften 0,20. Verschlußhaken und Oese einziehen 0,02. Futter in den Vorderteilen und Rücken unterheften 0,15. Futter am Rückenschlitz aufheften 0,01. Aermel unterziehen und Aufschlag feststicheln 0,14. Aermel einheften 0,10. Kragen verschneiden 0,09. Oberkragen aufheften und umsäumen 0,26. Haken und Oesen am Kragen annähen 0,23. Kragen aufheften 0,06. Oberkragen übernähen 0,05. Leibfutter und Besetzen staffieren, Zwickel aufnähen, Aermelfutter übernähen und Aufhänger annähen, vordere Kanten und Rückenschlitz staffieren, sämtliche Riegel und Oesen anbringen, sämtliche Knopflöcher verriegeln, die übrigen 6 Haken annähen 1,86. Knöpfe am Vorderteil und Rücken abzeichnen 0,06. Knöpfe annähen 0,17. Kragenschlaufe annähen 0,02 M. In Summa 3,45 M.

e) Bügeln. Vorderteil einbügeln und Futterstreifen einkleben 0,15. Eckenband verbügeln, Besetzen ausbügeln und Taschenpatten festbügeln 0,04. Rückenuntertritt ausbügeln 0,02. Seitennähte ausbügeln 0,04. Achsel ausbügeln 0,02. Aermelnähte ausbügeln 0,06. Aermel abbügeln 0,08. Ober- und Unterkragen ziehen und Nähte ausbügeln 0,21. Kragen abbügeln 0,11. Kragen ausbügeln 0,03. Mantel abbügeln 0,25 M. In Summa 1,01 M.

Gesamtlohn für den Einheitsmantel 7 M.

Bemerkung: Schulterklappenschlaufen 0,15 M. mehr.

Die Metalldrücker nahmen am Dienstag den Jahresbericht ihrer Branchenleitung entgegen, aus dem hervorgeht, daß die günstigen Arbeitsverhältnisse, die im Jahre 1915 herrschten, im Jahre 1916 nachgelassen haben. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß eine große Firma zu einem anderen Produktionszweige übergegangen ist und deshalb die Drücker entlassen hat. Diese nahmen dann Arbeit in anderen Betrieben, und zwar, weil das Angebot von Drückern aus dem angeführten Grunde ziemlich stark war, teilweise zu niedrigeren Löhnen, als die Branche seinerzeit beschlossen hatte. Dem umsichtigen Eingreifen der Branchenleitung ist es aber gelungen, den Lohn in den betreffenden Gebieten bald wieder auf die festgesetzte Höhe zu bringen. Während im Jahre 1915 monatelang gar keine arbeitslosen Drücker vorhanden waren, zeigte der Januar 1916 eine durchschnittliche Arbeitslosenziffer von 32. Diese Zahl ging dann in den folgenden Monaten zurück bis auf 6 im April. Dann stieg sie wieder im Mai auf 30, erreichte im Juni mit 66 den höchsten Stand im Jahre und sank dann wieder bis auf 13 im Dezember. Trotz der gegen das Jahr 1915 weniger günstigen Arbeitsverhältnisse haben es die Kollegen mit Hilfe der Organisation vermocht, in fast allen Betrieben eine Aufbesserung der Löhne durchzusetzen, so daß der Stundenlohn im allgemeinen Durchschnitt auf 1,30 M. und im Akkord etwas mehr erzielt wird. — Der im Felde stehenden Kollegen hat die Branche durch wiederholte Sendung von Liebesgaben gedacht. Für diesen Zweck wurden im Laufe des Jahres durch Sammlungen 3728 M. aufgebracht; 3644 M. wurden ausgegeben.

Eingegangene Druckschriften.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916. Von Friedrich Kabl. Preis broschiert 2 M. Verlag Gustav Fischer, Jena.

Internationale Rundschau. Heft 1. 3. Jahrgang. Preis 80 Pf. Verlag Art. Institut Orell Füßli, Zürich.

Der Männermangel nach dem Kriege. Von Dr. M. Baerting. Preis 2 M. Verlag der „Aerztlichen Rundschau", Otto Gmelin, München.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

A. WERTHEIM

Knaben-Kleidung

Jacken- und Sportanzüge für Knaben in blau und modern gemusterten Stoffen, neuste Formen
Knabenanzüge aus blau und farbigen Stoffen, Schlupfblusenform mit Überkragen
Knaben-Kittelanzüge in modernen Ausführungen und verschiedenen Preislagen

Knaben- u. Jünglings-Paletots und Ulster, blaue Kieler Mäntel Lodenmäntel und Pelerinen

Mädchen-Kleidung

Kinderkleider aus gepunktem Mull mit Stickereieinsätzen und seidener Bandgarnierung, in den Längen 45 bis 100 cm vorrätig
Kinderkleider aus gutem, bestickten Waschvolle mit rundem Kragen und seidener Schärpe garniert, in den Längen 45 bis 100 cm vorrätig
Backfischkleider aus reich besticktem Waschvolle, mit gezogener Taille, Kragen mit Rüschen besetzt, in den Längen 110 bis 130 cm vorrätig

Herren-Kleidung

Elegante Herren-Anzüge · Paletots u. Ulster
Beinkleider · Phantasie-Westen
sowie Sport- u. Lodenkleidung

Sport- und Gehpelze sowie Pelz-Joppen

Die Herren-Maß-Abteilung
bietet bei Verarbeitung guter Stoffe und Zutaten eine vorzügliche Ausführung

Zur Einsegnung
Schwarze Velvets und Sammete
Gesangbücher · Handschuhe · Wäsche
Schwarze Seidenstoffe, schwarzwollene Kleiderstoffe
Einsegnungskleider schwarz, weiß und farbig
Einsegnungs-Anzüge

Herren-Artikel

Oberhemden weiß, mit Pikee-Falten-Einsatz
Oberhemden Perkal, mit festen und losen Manschetten, große Musterauswahl.
Uniformhemden m. weich. Klappmansch., weiß u. farbig
Stehumlegekragen neue Formen, verschiedene Höhen
Uniformkragen 6, 6½ und 7 cm hoch
Selbstbinder gute Ware, großes Sortiment
Weiche Wollhüte verschiedene Farben
Velourhüte verschiedene Farben
Steife Haarhüte neuste Formen **Hosenträger** große Auswahl

Schuhwaren

Reichhaltiges Lager in

Damen- u. Herren-Stiefeln
Knaben- u. Mädchen-Stiefeln
Hausschuhe in Stoff u. Leder
Kameelhaar- u. Filzschuhe
Kinderstiefel mit Holzsohle

Lebensmittel

Schellfisch, Kabeljau, Seelachs gesalzen Pfund 1.85
Räucherheringe Stück von 85 Pf. an
Hummern, Krabben Pfund 2.15
Schellfisch in Gelee . Pfund 3.20
4 Liter-Dose . . . . . 19 M
Muscheln in Gelee . . . Pfund 1.60
4 Liter-Dose 9.10
Muschelfleisch . . . . Pfund 1.50
Goldbutt in Gelee . . . Pfund 3.25
4 Liter-Dose 18.50
Fischwurst . . . . . Pfund 3.20
Dorsch-Rogen . . . . . Pfund 2.40
Herings-Salat . . . . Pfund 1.80
Sardellen . . . . . Pfund 6.00
Saure Gurken Stück von 15 Pf. an

Gefrorene Suppenhühner Pfund von 3.90 an

Bund der Landwirte und Hilfsdienstgesetz.

In der „Deutschen Tageszeitung" werden von dem Dezernenten für Arbeiterfragen im Bund der Landwirte, Rechtsanwalt Böttcher, Berlin, den landwirtschaftlichen Arbeitgebern nicht mißzuverstehende Hinweise gegeben, wie in ihrem Interesse das Hilfsdienstgesetz auszulegen ist. Es wird empfohlen, landwirtschaftliche Arbeiter nicht von einem Betriebe zu einem anderen Betriebe der Landwirtschaft übertreten zu lassen, sondern auf jeden Fall den Abkehrschein zu verweigern. Eigenartigerweise wird nun darauf hingewiesen, landwirtschaftliche Arbeiter könnten sich durch höhere Barlöhne verleiten lassen, ihre Stelle zu wechseln, weil sie die Vorteile der Naturallöhnung unterschätzen würden. Früher haben jene immer davon geredet, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter wohl den Vorteil der Naturallöhnung kennen und deshalb sich durch höhere Barlöhne nicht blenden lassen.

An anderer Stelle ist gesagt, daß eine Kündigung des Arbeitsvertrages nicht erfolgen darf, wenn ein Arbeiter unter gleichen Lohnbedingungen in einen anderen landwirtschaftlichen Betrieb übertreten will. Sonst würde der eigentliche Zweck des Gesetzes vereitelt, wonach der Arbeitgeber das Recht haben soll, den Arbeiter in seinem Betriebe festzuhalten und deswegen den Abkehrschein zu verweigern. Der Dezernent für Arbeiterfragen im Bund der Landwirte bemerkt zu diesem Einwand, daß es notwendig sei, diesbezügliche Ergänzungsbestimmungen zu dem Hilfsdienstgesetz zu erlassen, weil jetzt der Arbeiter bei ordnungsgemäßer Kündigung wechseln könne. Ein Zwangsarbeitsvertrag wird mithin befürwortet. Dazu ist zu bemerken, daß auch unter gleichen Lohnbedingungen sich ein Arbeiter in seiner neuen Stelle verbessern kann, wenn ihm dort eine bessere Behandlung zuteil wird.

Laut § 16 des Hilfsdienstgesetzes fallen die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes der Landwirtschaft überwiesenen gewerblichen Arbeiter nicht unter die landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde. Vom Bund der Landwirte wird diese Bestimmung nun so ausgelegt, daß dadurch nur die zwangsweise der Landwirtschaft überwiesenen gewerblichen Arbeiter getroffen werden, während alle die, die freiwillig in die Landwirtschaft übertreten, selbstverständlich unter die Bestimmungen der Gesindeordnung fallen. Außerdem würden für diese Arbeiter, die sich freiwillig der Landwirtschaft zur Verfügung stellen, auch die Koalitionsbeschränkungen des § 3 des Preußischen Gesetzes vom 24. April 1854 gelten.

Also der Bund der Landwirte will, daß gerade die Arbeiter, die sich freiwillig melden, worauf doch verständige Arbeitgeber den größten Wert legen sollten, unter die rückständigen Bestimmungen des alten Kontraktbruchgesetzes fallen, wonach Arbeiter, „welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben verabreden, oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern", mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden können. Da der Bund der Landwirte den § 3 des genannten Gesetzes für die sich freiwillig meldenden Arbeiter als rechtsgültig ansieht, setzen jene Kreise wohl auch voraus, daß diese Arbeiter auch wegen gewöhnlichen Kontraktbruch laut diesem Gesetz aus dem Jahr 1854 bestraft werden können.

Eine derartige Auslegung des Gesetzes widerspricht dem Willen des Gesetzgebers. Wenn in § 16 des Hilfsdienstgesetzes nur die Gesindeordnungen genannt sind, so ist dies ein Versehen und wurde von interessierter Seite im Reichstag auch auf diesen Fehler aufmerksam gemacht, jedoch konnte in letzter Stunde eine Aenderung nicht mehr herbeigeführt werden. Es wurde von der Mehrheit des Reichstages mit der Fassung, daß die Gesindeordnungen für gewerbliche Arbeiter in Wegfall kommen, auch gleichzeitig ausgesprochen, daß alle die Ausnahmegesetze für Landarbeiter damit gemeint sind. Diese merkwürdige Auffassung des Bundes der Landwirte zeigt aber wiederum, daß jene Kreise sich einbilden, gewerbliche Arbeiter würden sich unter diesen Aussichten freiwillig der Landwirtschaft zur Verfügung stellen.

Dringend zu fordern ist, daß das Kriegsamt bei den Ergänzungsbestimmungen zu dem Hilfsdienstgesetz klar ausspricht, was der Gesetzgeber mit den Bestimmungen im § 16 des Hilfsdienstgesetzes erzielen wollte. Ueberhaupt muß sich das Kriegsamt sowohl den Schutz der ständigen Landarbeiter, wie auch derjenigen gewerblichen Arbeiter, die in landwirtschaftliche Beschäftigung treten, sehr angelegen sein lassen. Das ist der richtige Weg, um eine Förderung der Produktion zu erzielen.

Politische Uebersicht.

Monopol und parlamentarisches System.

Auf der Versammlung des Landesausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei in Württemberg verlangte der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Elsas, die Einführung des parlamentarischen Systems nach dem Kriege und begründete seine Notwendigkeit nach dem „B. T." folgendermaßen:

„Groß, vielseitig und schwerwiegend sind die Fragen, die in der inneren Politik der kommenden Jahre an die Staatsbürger herantreten. Die Neuorientierung, welche die Regierung proklamiert hat, wird auch ein Problem der Parteien sein und nicht bloß im Verhältnis zu den anderen Parteien. In ungeahnter Weise haben sich während und infolge des Krieges Kapital und Aemter konzentriert. Dem Reiche müssen Machtmittel an die Hand gegeben werden, damit das in fast amerikanischen Dimensionen auftretende Uebermaß der wirtschaftlichen Privatmonopole nicht den Staat beherrscht, und die gesunde Grundlage der Volkswirtschaft schädigt und vernichtet. Die Machtfülle und die Häufung der Aemter, welche mit dem Frieden nur zum Teil wieder verschwinden werden, bedürfen eines natürlichen Gegengewichts, nämlich der Kontrolle des parlamentarischen Systems. Unsere Partei muß mit dem größten Nachdruck, ohne Schwanken und Wanken und unter Hervorkehrung ihrer dauernden Grundsätze das Ziel des Parlamentarismus um so fester ins Auge fassen, als das Reich — eben infolge der starken Zentralisierung aller Kräfte — zu einer immer mehr wachsenden Bedeutung gegenüber den Einzelstaaten sich entwickeln wird.

In der Forderung des parlamentarischen Systems sind wir mit Dr. Elsas einig und wollen nur hoffen, daß seine Partei in dieser Frage so fest hinter ihm steht, als er es verlangt. In der Begründung möchten wir jedoch bemerken, daß wir das parlamentarische System nicht nur als ein Gegengewicht gegen die Aemterhäufung betrachten, sondern in erster Linie auch als Gegengewicht gegen das Staatsmonopol und die wirtschaftliche Machterweiterung des Staates. Fragen, die nach dem Kriege wohl im Vordergrund stehen werden. Die Sozialdemokratie hat schon bei früheren Gelegenheiten oft betont, daß der Staatssozialismus sich nur insoweit mit ihrem Programme deckt, als durch demokratisch-parlamentarische Kontrolle dafür gesorgt ist, daß sein Nutzen gleichmäßig der ganzen Bevölkerung zugute kommt. Was dagegen das Privatmonopol anbetrifft, so scheint uns gerade Amerika der beste Beweis dafür, daß seine Auswüchse und Schädigungen auf politisch-parlamentarischem Wege nicht beseitigt werden können. Gegen das Privatmonopol hilft nur der Sozialismus.

Jedes Opfer, jede Leistung, jede Entbehrung.

„In heiligem Zorn über unsere Feinde, die Euer Majestät erhabenes Friedensangebot höhnisch zurückwiesen, begeistert für einen Kampf, der alles einsetzt und Deutschlands ganze Kraft entfaltet, sind wir bereit, jedes Opfer, jede Leistung und jede Entbehrung zu übernehmen, die in einem solchen noch gesteigerten Kampfe für Deutschlands glückliche Zukunft das Vaterland von uns verlangt." (Kundgebung des Bundes der Landwirte an den Deutschen Kaiser vom 15. Januar 1917.)

„Angesichts des bevorstehenden schweren Entscheidungskampfes, zu welchem Eure Majestät unser Volk nach der schnöden Ablehnung unserer Friedensbereitschaft aufriefen, darf ich für die deutschen Landwirte heute mit dem erneuten Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zu Eurer Majestät die Versicherung verbinden, daß uns Landwirte keine Last zu schwer und kein Opfer zu groß sein wird, um auch den uns aufgezwungenen Wirtschaftskampf siegreich zu bestehen." (Telegramm des Präsidenten des deutschen Landwirtschaftsrates, Graf von Schwerin-Löwitz, an den Kaiser vom 27. Januar 1917.)

Meldungen vom Tage: Der Landrat des Kreises Kreuzburg gibt bekannt, daß er sich veranlaßt sehe, die Gemeinden Oberellguth und Oberkunzendorf bei der Verteilung von Zucker und Beleuchtungsmitteln (Petroleum, Spiritus usw.) solange auszuschließen, bis sie ihrer Verpflichtung zur Ablieferung der vorgeschriebenen Buttermenge regelmäßig und restlos nachkommen. Er bringt dies zur Kenntnis, um die Landwirte an ihre vaterländische Pflicht zu erinnern.

In einem Aufruf des Thorner Oberbürgermeisters und des Landrats des Thorner Landkreises an die Geflügelhalter der beiden Thorner Kreise zur Eierablieferung wird bekannt gegeben, daß bei einem Hühnerbestande von 67 700 Stück im Stadt- und Landkreise Thorn im Monat Dezember 1916 nur 2514 Stück Eier an die Sammelstellen zur Ablieferung gekommen sind. Bei dieser geringen Menge konnten nicht einmal den Thorner Kriegslazaretten Eier überwiesen werden, auch die Krankenhäuser gingen leer aus.

In der Dezemberversammlung seines landwirtschaftlichen Kreisvereins sagte der Landwirtschaftsdirektor Witkamp: „Im Kreise Recklinghausen stehen 12 700 Milchkühe, die mindestens 40 000 Liter Milch täglich bringen müßten. Die Menge der angelieferten Milch entspricht dem nicht im entferntesten und genügt nicht einmal für die bevorrechtigten Bezieher." — Ein süddeutscher Tierarzt, der 500 ländliche Wirtschaften kontrolliert hat, berichtet: „Viehhaltungen mit Beständen bis zu 18 Kühen lieferten nicht einen Liter Milch und auch kein Pfund Milchfett ab, obwohl die Kühe weder hochträchtig sind, noch trocken stehen. Die Kälber erhalten Vollmilch bis zur vollen Sättigung. Die Schlachtschweine erhalten Getreide und Vollmilch. Die Schmalznudeln werden wie im Frieden hergestellt. Aller Milchüberschuß dient zur Herstellung von Butterschmalzvorräten." — Der Kreis Oppeln hat bei 44 000 Stück Rindvieh (am 1. Dezember 1915 waren es genau 45 492 Stück) in einer Woche 4,5 Zentner Butter angeliefert, also je ein Pfund auf 100 Rinder!

Die Stadt Mülhausen, die unter anderem auch vom Kreise Gebweiler mit Kartoffeln versorgt werden soll, leidet seit einiger Zeit sehr unter Kartoffelmangel. Seit kurzem nimmt nun ein Beamter aus Straßburg in den Gemeinden des Oberelsaß Kellerrevisionen vor. In 13 Gemeinden des Kreises Gebweiler wurden allein 10 700 Zentner verheimlichter Kartoffeln gefunden. Diese Bestände — 52½ Waggon Kartoffeln — wurden beschlagnahmt und der Stadt Mülhausen übergeben, deren Kartoffelkalamität damit behoben ist.

Nochmals: Die entsetzte Moral.

Herr Oberpfarrer Schowalter verwahrt sich in einer längeren Zuschrift zu dieser Notiz dagegen, daß er die sittlichen Mißstände des Kriegswuchers usw. nur mit Moralpredigten beseitigen wolle. Er schreibt:

„Mein Artikel sagt: 1. Die großen Sünder müssen gefaßt werden (das geht doch wohl nur mit Hilfe von gesetzgeberischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen!) 2. Ich will die Möglichkeit (das steht in Ueberschrift und Text) der großen Gewinne, die Gelegenheit zu solchen Gewinnen beseitigt haben (das kann doch nur das Gesetz, während die Moral nur die Gewinnsucht beseitigen kann, von der ich auch spreche). 3. Ich verlange die Durchführung des Grundsatzes, daß jeder einzelne an der Stelle und zu den Bedingungen beschäftigt wird, wie das des Landes Not erheischt. Ausdrücklich eine gründliche und grundsätzliche (gesperrt gedruckt!) (hier fehlt wohl das Wort „Aenderung". Red.) der öffentlichen Verhältnisse (was können Sie denn im Prinzip mehr verlangen?). 4. Ich verlange Maßnahmen, daß da, wo gewinnsüchtige Gesinnung vorhanden ist, sie sich nicht „entwickeln" kann. Ich habe auf Italiens Beispiel hingewiesen und beklagt, daß wir eine ähnliche Maßnahme noch nicht haben."

Wir nehmen mit Vergnügen hiervon Kenntnis, wenn auch nach unserer Ansicht dieser praktische Teil neben den moralischen Erwägungen in dem Artikel des Herrn Sch. nicht recht zur Geltung kam. Im übrigen irrt Herr Oberpfarrer Schowalter, wenn er meint (wie aus seinem übrigen Schreiben hervorzugehen scheint), daß wir in der Notiz ihn oder seine moralische Wertung der heutigen Zustände, die wir durchaus achten, ja sogar teilen, irgendwie herabsetzen wollten. Es kam uns lediglich auf den Hinweis an, daß auch der stärkste moralische Kampf, solange er auf rein sittlichem Gebiet geführt wird, gegen den Kriegswucher machlos ist.

Die Zeitungen schuld am Gänsewucher!

Das amtliche Organ der ostpreußischen Preisprüfungsstelle hat endlich erfaßt, wer die hohen Gänsepreise verschuldet — die bösen Zeitungen. Nachdem es dargelegt hat, daß die Gänsepreise allerdings in keiner Weise durch den Erzeugerpreis begründet seien, schreibt es wörtlich:

„Zahlreiche Zeitungen im Lande haben über die hohen Gänsepreise der Großstädte so verlockende Schilderungen gemacht, daß ihre Leser in den Kleinstädten und auf dem Lande dadurch veranlaßt worden sind, in eben denselben, den Wucher bekämpfenden Blättern ihre Gänse zu offenbaren Wucherpreisen durch Anzeigen anzubieten."

Das ist allerdings eine sehr bequeme Methode, den Lebensmittelwucher zu entschuldigen. Wir gehen noch weiter: Hätten die Zeitungen nichts vom Krieg geschrieben, so wüßten die Bauern am Ende nicht, daß Krieg ist und wären gar nicht auf den Gedanken gekommen, auch für andere Lebensmittel erhöhte Preise zu nehmen. Die Zeitungen sind also allein an der ganzen Teurung schuld, und es ist eine Gemeinheit, die Landwirtschaft zu beschuldigen.

Der heldenhafte Schreibtisch.

Der konservative Schriftsteller Wolfgang Eisenhart orakelt im „Reichsboten" über „Die Scheidung der Geister". Er trifft die betrübliche Feststellung, daß ein „herzhafter nationaler Sinn" leider kein gleichmäßiger Besitz aller Menschen sei, darum hätten sich in der Politik auch zu allen Zeiten und bei allen Völkern stets die wunderlichsten Abstufungen und Verschiedenheiten des Wollens und Empfindens gezeigt.

Heldenhafte Kühnheit großer Ziele und ängstliche Verzagtheit pflegen hier nebeneinander zu wohnen. Was dem beherzten Patrioten selbstverständlich erscheint, das hält die Verzagtheit für tolle Verwegenheit; und die Entschlußlosigkeit, die nichts wagen will, gibt sich gewöhnlich aus für Klugheit und Mäßigung.

Wir glauben ganz und gar nicht, daß „heldenhafte Kühnheit" dazu gehört, um am Schreibtisch ausschweifende Eroberungspläne zu spinnen. Jeder Soldat, der sich einfach und schlicht für die Verteidigung seines Landes schlägt, scheint uns zehnmal heldenmütiger, wenn auch Herr Eisenhart diesen als ängstlich verzagt und sich selbst als heldenhaften Recken ansieht.

Das preußische Abgeordnetenhaus wird nicht am 6. Februar, sondern erst in der Woche nach dem 10. Februar wieder zusammentreten, da die Arbeiten des Staatshaushaltsausschusses längere Zeit beanspruchen, als angenommen worden war. Der Ausschuß wird voraussichtlich in dieser Woche noch den Rest des Kultusetats und die Finanzetats erledigen. Der Freitag und der Sonnabend sind sitzungsfrei. Montag nächster Woche wird voraussichtlich der Justizetat behandelt werden und alsdann im weiteren Verlauf der Woche der Rest des Etats.

Aus dem bayerischen Landtage. Am Mittwoch trat der bayerische Landtag zu einer Kriegstagung zusammen. Zum ersten Präsidenten der Kammer wurde an Stelle des verstorbenen Dr. v. Orterer der bisherige Vizepräsident Bürgermeister v. Fuchs aus Bad Kissingen, zum zweiten Präsidenten der liberale Abgeordnete Bürgermeister Cafselmann aus Bayreuth gewählt. Außer Vorlagen für Ernährungsfragen und Lebensmittelstellen brachte die Regierung solche über den Ausbau der Donau-Rhein-Großschiffahrtsverbindung sowie über Haftung der Grundstücke ein.

Der sächsische Landtag soll im März zusammentreten, um über die Einführung eines staatlichen Kohlenregals zu beschließen.

Die neue polnisch-konservative Partei. Die bereits angekündigte neue Parteibildung ist zustande gekommen. Vorsitzender der neuen Partei ist Graf Zoltowski, zweiter Vorsitzender der Domkapitular Prälat Dr. Hozakowski in Posen. Die neue Partei strebt die nationale Gleichberechtigung der Polen im preußischen Staate und möglichste Freiheit auf religiösem und staatsbürgerlichem Gebiet an. Zum Parteiorgan wurde die in Posen erscheinende „Gazeta Narodowa" bestimmt. — Mit dieser Parteigründung sind anscheinend die Differenzen im Polenlager noch nicht erschöpft. Der Reichstagsabgeordnete für Oppeln, Pfarrer Brandys, veröffentlicht in der Zeitung „Gazeta Opolska" eine Erklärung gegen das Auftreten Korfantys im preußischen Abgeordnetenhaus, das er als „taktlos und wenig glücklich" bezeichnet, weil er der ganzen polnischen Sache schade. Brandys erklärt sich mit Korfanty nicht solidarisch.

Der Kultusetat im Staatshaushaltausschuß.

In der fortgesetzten Beratung des Kultusetats (Universitäten) durch den verstärkten Staatshaushaltausschuß des Abgeordnetenhauses regte ein Volksparteiler an, die Unterrichtsverwaltung möge die Einstellung junger begabter Männer der verschiedensten Fakultäten zu mehrjährigem Unterricht der Studenten in der akademischen Kleinarbeit erwägen, wodurch sich diese Männer aufs neue in die wissenschaftliche Arbeit vertiefen und gleichzeitig den Professoren die Kleinarbeit abnehmen könnten. Der Minister stellte sich diesen Ausführungen sympathisch gegenüber.

Bei den höheren Lehranstalten trat der Berichterstatter für möglichste Berücksichtigung der Wünsche der Schüler und Eltern bezüglich Heranziehung zum Hilfsdienst ein. Nicht kriegsverwendungsfähige Lehrer sollten den Lehranstalten in vollem Umfange erhalten bleiben. Er bespricht die Heranziehung höherer Schüler zur landwirtschaftlichen Arbeit und wirft die Frage auf, ob nicht eine Verlängerung der Osterferien erforderlich sein würde. Er wünscht weiter, daß künftig dem fremdsprachlichen Unterricht der slawischen Sprachen, besonders der polnischen, mehr Rechnung getragen werde. Der Minister gibt einen Ueberblick über die

Beteiligung der höheren Schulen am Kriege

und erklärt, daß sowohl die Schüler der höheren Klassen als auch die Lehrkräfte in sehr starkem Maße eingezogen wurden, von rund 15 000 Lehrpersonen 8000. Gefallen sind 1295 Lehrer, der Ersatz wurde gestellt von Hilfskräften und zwar waren beschäftigt 468 Männer und 484 Frauen. Die Frequenz der höheren Klassen stellt sich wie folgt:

	Obersekunda	Unterprima	Oberprima
1. Februar 1914	15 000	12 065	10 256
1. „ 1915	11 500	6 782	960
1. „ 1916	12 290	7 900	1 900

Der Minister tritt der Ansicht entgegen, daß der Krieg verrohend auf die Schüler gewirkt habe; Sitte und Ordnung der Schüler seien nicht schlechter geworden. Bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeit der höheren Schüler könne der Minister von Berlin aus nicht einwirken, es müßten hier lokale Organisationen arbeiten. Jedenfalls werden die Schulen Wünschen der Landwirtschaft stets entgegenkommen. Was die Lehrpläne anlangt, so habe auch die jetzige Zeit in keiner Weise gezeigt, daß eine grundstürzende Reform vorzunehmen sei. Ein nationalliberaler Redner wünscht, daß dem Willen der Schüler, sich auch in der Landwirtschaft zu betätigen, von dieser mit etwas mehr Freundlichkeit begegnet werde. Er regt weiter an, mehr deutschnationalen Unterricht zu betreiben und begrüßt mit Freuden, daß Städte in großzügiger

Weise türkischen Schülern Freistellen gewährt haben. Ein fortschrittlicher Redner rügt scharf ein von einem Professor Wolf in Düsseldorf herausgegebenes Buch mit starken antisemitisch alldeutschen Tendenzen; es besitze die begründete Ansicht, daß dieser Herr den Stoff seines Buches auch den Schülern vorgetragen habe. Er bittet den Minister, daß solche Lehrkräfte vom Unterricht ferngehalten werden möchten. Der sozialdemokratische Vertreter weist auf die in anderen Bundesstaaten bestehenden freien Schulgemeinden hin und bittet den Minister, deren Entwicklung sorgsam zu beachten und auch für Preußen nutzbar zu machen. Der Minister antwortet, daß er die Versuche mit den freien Schulgemeinden mit Interesse und Wohlwollen beobachte, wenn die Einrichtung selbst auch in das preußische Schulsystem nicht recht hineinpasse. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden von verschiedenen Seiten Verbesserungen der Lehrpläne, besonders bezüglich des Unterrichts in der deutschen Sprache und Bürgerkunde, angeregt. Mit der Besprechung des höheren Schulwesens war die Beratung des Kultusetats beendet. Der Ausschuß geht zur Beratung des Finanzetats über.

Parlamentarisches.

Der „gewerbetreibende" Student.

Zu den Resten der sogenannten „akademischen Freiheit" gehört die eigene Rechtsprechung der Universitätsbehörden über Studierende in Disziplinarangelegenheiten. Ein etwas seltsamer Fall dieser Rechtsprechung beschäftigte die Unterrichtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses. Es handelte sich um die Streichung eines Studierenden aus den Listen der Universität. Der derzeitige Rektor der Universität Berlin, Wilamowitz-Möllendorf, hatte den Studierenden Ernst Joel in den Büchern der Universität Berlin gestrichen, weil dieser „nach Auskunft des Magistrats und des Polizeipräsidiums in Charlottenburg als Herausgeber der Zeitschrift „Der Ausbruch" als Gewerbetreibender anzusehen sei". (Gewerbetreibende können nach der Universitätssatzung im allgemeinen nicht immatrikuliert werden.)

Der Unterrichtskommission lag nun eine Petition vor „um Aufhebung der Streichung des Studierenden Joel aus den Listen der Universität Berlin". Wie die Besprechung zeigte, ist der wahre Grund zu Joels Streichung nicht die Herausgabe einer Zeitschrift, sondern der Inhalt dieser Zeitschrift gewesen. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder war zwar der Ansicht, daß verschiedene Ausführungen in den Aufsätzen Joels, namentlich seine Kritik an Aeußerungen von Studierenden, die im Felde stehen, unerhört und in keiner Weise entschuldbar seien. Andererseits aber war sich die Kommission darüber einig, daß man J. nicht lediglich wegen seiner Eigenschaft als Herausgeber einer Zeitschrift als Gewerbetreibenden bezeichnen könne. Deswegen sei die Streichung ungerechtfertigt gewesen; wenn der Rektor den J. von der Universität hätte entfernen wollen, hätte er ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten müssen, das ohne Zweifel zu diesem Erfolg geführt haben würde. Schließlich wurde folgender Antrag angenommen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, wobei die Streichung des Joel aus den Listen der an der Universität Berlin immatrikulierten Studenten mit der Begründung, Joel sei Gewerbetreibender, für nicht gerechtfertigt erklärt wird.

Ein moralischer Erfolg der Universitäts-Rechtsprechung ist das nicht.

Aus der Partei.

Leipziger Mitgliederversammlung. Der sozialdemokratische Verein für den 13. Reichstagswahlkreis hielt am 28. Januar eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Situation in der Partei". Das Referat hielt Reichstagsabgeordneter Lipinski. Zur Frage der Landesverteidigung führte der Redner unter anderem aus: „Die Internationale und die Auffassung der Partei erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Völker an. Dies schließt die Abwehr eines fremden Angriffs auf die Selbständigkeit der Nation ein. Es fragt sich aber, ob Deutschland jemals in einer solchen Abwehr war." Dieser Zweifel wird für Lipinski auch durch die Note der Entente an Wilson nicht behoben, obwohl er von dieser sagt: „Die Gegner haben ihre Kriegsziele aufgestellt, sie sind phantastisch." (Wir finden diese Ziele mehr als „phantastisch", nämlich vernichtend und zerschmetternd für Deutschland und seine Verbündeten. Phantastisch werden sie höchstens durch die kräftige Selbstverteidigung des deutschen Volkes.) Der Redner schlug schließlich eine Resolution vor, durch die sich die Genossen des Bezirks Leipzig auf den Boden der Opposition stellen und dem Parteivorstand und Parteiausschuß das Recht absprechen, auf Grund des Organisationsstatuts den Ausschluß von Genossen aus der Partei zu vollziehen, die sich mit der Haltung der Opposition einverstanden erklären. — In der Diskussion sprachen die Genossen Wienicke und Grenz im Sinne der Mehrheit, letzterer gab die von uns bereits veröffentlichte Erklärung ab. Sie fanden bei der Mehrheit der Versammlung heftigen Widerspruch. Nach ihnen sprachen einige Oppositionsanhänger, ein Redner namens Porst hetzte in zügellosester Weise gegen die Gewerkschaftsangestellten, die wegen ihrer wirtschaftlich gefestigten Stellung das proletarische Empfinden verloren hätten. Die Versammlung mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der Abschluß der Bank des Berliner Kassenvereins spiegelt die große Zunahme des Börsengeschäftes im abgelaufenen Jahre deutlich wieder. Der Gesamtumsatz hat eine sehr beträchtliche Höhe erreicht. Er beträgt 68,9 Milliarden Mark gegen 54,2 im Jahre 1914, 66 im Jahre 1913 und 72,4 Milliarden Mark im Jahre 1912. Die Aufgabe dieser Bank ist, den Geld- und Effektenverkehr so zu zentralisieren, daß der Verkäufer seine Papiere dem Käufer überweist und umgekehrt der Käufer Geld überweist bezw. Papiere gutgeschrieben erhält. Der größte Teil der Zahlungen konnte durch gegenseitige Aufrechnung beglichen werden. Der Rest wurde durch Schecküberweisungen erledigt. Nur 0,63 Prozent des gesamten Inkassoverkehrs in der Höhe von 16,6 Milliarden Mark wurden durch Barzahlung erledigt!

Die folgende Aufstellung der in den letzten sechs Jahren durchschnittlich gezahlten Zinssätze bietet eine äußerst interessante Illustration zur Entwickelung unseres Wirtschaftslebens:

	1916	1915	1914	1913	1912	1911
Bankdiskont . . .	5,—	5,—	4,49	5,88	4,95	4,38
Privatdiskont . . .	3,95	3,51	2,81	4,02	4,21	3,49

Der Privatdiskont, d. h. der Zinsabzug für erstklassige, als unbedingt sicher geltende Wechsel ist ein wichtiger Gradmesser für den Geldbedarf und die dadurch bedingten Leihsätze. Im Jahre 1911 ist der Privatdiskont noch verhältnismäßig niedrig, um 1912 und noch mehr 1913 anzuziehen, was sowohl durch die Belebung des Wirtschaftslebens im Jahre 1912 als auch durch die Balkankriege und die dadurch vermehrte Unsicherheit im Geschäftsleben begründet war. Im Jahre 1914 fällt der Diskontsatz in überraschender Weise — in überraschender Weise deshalb, weil von dem Kriegsausbruche eine Steigerung der Geldsätze infolge der immens gestiegenen Unsicherheit hätte erwartet werden sollen. Da aber zugleich die private Unternehmungslust auf ein Mindestmaß herabgedrückt wurde und an Stelle des Kreditverkehrs die sofortige Zahlung trat, so sank der Privatdiskont unter 3 Proz. In den folgenden beiden Kriegsjahren zog der Zinssatz für Leihgelder infolge der wachsenden Bedürfnisse von Reich, Staaten und Gemeinden stark an. Trotzdem ist er noch wesentlich niedriger als in den anderen kriegführenden Ländern. Um dieses Glück sind wir aber nicht allzu sehr zu beneiden, weil es auf der Räumung aller Warenbestände beruht, aus deren Erlös große, anlagesuchende Kapitalien frei wurden. Durch die Steigerung des Privatdiskonts haben die Banken ihre Gewinne erheblich aufbessern können, weil sie die von ihnen mit 1½ Proz. verzinsten Depositengelder unter wesentlich besseren Bedingungen ausleihen konnten. Die Spannung zwischen dem Zins, den sie zahlen, und dem, den sie im Privatdiskontgeschäft erhalten, beträgt nahezu 2½ Pktz. Der Lombardzinsfuß, der sich nach dem Reichsbankdiskont, das heißt nach dem Zinse richtet, den die Reichsbank beim Wechselankauf abzieht und der in der Regel ein Prozent höher als der Reichbankdiskont ist, also 6 Proz. beträgt, hat den Banken erlaubt, in diesem Geschäftszweige noch höhere Gewinne auf dem Zinskonto auszuweisen.

Der Reichsbankdiskont blieb in den Jahren 1915 und 1916 unverändert auf 5 Proz. stehen.

Schiffahrtsverkehr Berlin—Kowno.

Nach dem Kriege wird der Schiffahrtsverkehr zwischen Deutschland und dem Osten eine bedeutende Zunahme erfahren, denn die Regierungen der beiden Kaiserreiche und die Polens können auf den Wasserwegen, die ihre Länder verbinden, weit mehr und bessere Verkehrslinien einrichten, als bis jetzt bestehen. Ist doch namentlich der Verkehr auf der Weichsel deshalb im Rückstand geblieben, weil Rußland sich nicht entschließen konnte, den Anschluß an die kanalisierte Weichsel herzustellen. So kam es, daß von Thorn bis zur Mündung des Flusses die Schiffahrt sich entfalten konnte, während auf der russischen Strecke, die unkanalisiert blieb, bei dem wechselnden Wasserstand die größten Hindernisse sich ihr entgegenstellten und häufig genug auch den Verkehr in Preußen hinderten. Hier dürften schon bald nach dem Kriege die nötigen Arbeiten einsetzen, um die Weichsel in ihrer ganzen Ausdehnung der Schiffahrt zu erschließen.

Einstweilen ist zwischen Berlin und Königsberg ein regelmäßiger Dampferverkehr eingerichtet worden, der, wie die „Kownoer Zeitung" mitteilt, sich gut bewährt hat und reichlichen Güterzustrom aufzuweisen hat. Gerade jetzt, wo die Eisenbahnen überlastet sind, wird die Ausnutzung der Wasserstraßen zur Notwendigkeit, und so soll auch die Linie Berlin—Königsberg einen Ausbau bis nach Kowno erfahren, und zwar so, daß in jeder Woche ein Dampfer in jeder Richtung verkehrt. Die Beförderungsdauer von Berlin nach Königsberg beträgt für Güter 10 bis 12 Tage, also nicht viel länger, als die Beförderung als Eilgut auf der Eisenbahn dauert. Von Königsberg besteht direkter Anschluß an die regelmäßigen Dampferlinien nach Tilsit und von dort nach Schwalleningken und weiter nach Kowno. Auf diese Weise können Güter von Berlin nach Kowno in vierzehn bis zwanzig Tagen befördert werden, und eine ebenso gute Beförderungsmöglichkeit besteht in umgekehrter Richtung von Kowno nach Berlin. Wenn auch zurzeit der Verkehr infolge der Witterungsverhältnisse noch ruht, so ist doch anzunehmen, daß im Frühjahr, im März oder April, diese Dampferverbindung von großem Wert sein wird. Möglich geworden ist ein solcher Verkehr durch den Ausbau des Bromberger Kanals, der auch die Verwendung größerer Güterdampfer auf dieser langen Strecke möglich macht. Es versteht sich von selbst, daß an diese Schiffahrtslinie auch andere angeschlossen werden, so daß Polen neben den Eisenbahnlinien in Zukunft auch über gute Wasserstraßen verfügen wird, um mit Deutschland in enge Handelsverbindungen zu treten.

Herabsetzung der Gersteneinkaufspreise. Die Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. in Berlin teilt mit, daß in nächster Zeit das zweite Drittel der durch sie aufzukaufenden Gesamtmenge von Gerste erworben sein und infolgedessen der Gersteneinkaufspreis mit Wirkung vom 25. Februar d. J. eine Herabsetzung auf 80 M. für den Doppelzentner erfahren wird. Widerspenstigen wird ihre Gerste enteignet.

Höchstpreise für Zink. Durch die Generalkommandos sind Höchstpreise für Zink festgesetzt worden, die den bisher notierten Syndikatspreisen ungefähr gleich sind. Die auch im Zinksyndikat vorhandenen Bestrebungen auf eine Erhöhung der Preise sind also fruchtlos geblieben.

Aus Groß-Berlin.

Mehr Licht!

Schwer drückt die Kriegsnot uns alle. Klein nur ist die Zahl derjenigen, die vom Kriege Gewinn und Vorteil haben, im Vergleich zu den Nöten, die ungezählten Tausenden jeder neue Tag bringt. Mit bewundernswerter Anpassungsfähigkeit erträgt der Mensch immer mehr Entbehrungen. — Winterlich hart schaut auch die Natur aus in dieser schweren Leidenszeit. Aber unsere große Trösterin bleibt sie doch, und gerade in diesen Tagen erfreut sie uns mit ein paar Lichtstrahlen, die sie des Morgens und Abends mehr spendet als bisher. Im ewigen, unveränderten Kreislauf der Welten sind wir wieder bei den zunehmenden Tagen angelangt, von denen es im alten Kalender heißt:

Lichtmeß.
Da können die Herren bei Tage ess'!

Freude belebt des geplagten Menschen Herz, wenn das Tageslicht morgens schon ein wenig früher kommt als sonst, und abends uns noch leuchtet, wenn sonst schon Dunkelheit uns umgab. Ist es auch nur wenig Licht mehr, so empfinden wir doch als Lichtgeschöpfe diese kleine Zunahme schon belebend. Gestärkter Lebensmut löst die Gedanken von der Kümmernis rings umher, und das Herz durchzieht ein Hoffnungsschimmer auf eine wiederkehrende bessere Zeit, die sich freilich nur in ganz fernen schwachen Umrissen zeigen will.

Freie Bahn — nicht jedem Tüchtigen!?

Nach der Einheitsschule rufen ihre Anhänger in der Kriegszeit dringender als zuvor. Auch manchem ihrer Gegner beginnt angesichts der Menschenverluste dieses Krieges einzuleuchten, daß es dem Wohl der Gesamtheit dient, allen Tüchtigen freie Bahn zu schaffen. Vom Standpunkt nicht nur des Schulmannes, sondern auch des Arztes wurde die Einheitsschulfrage beleuchtet in einer von der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege" und von dem „Berliner Verein für Schulgesundheitspflege" veranstalteten Gemeinschaftssitzung. Mädchenschuldirektor Prof. Tauer empfahl zwar gemeinsamen Grundunterricht aller Kinder in den ersten Schuljahren, im übrigen aber wollte er sich nicht für die Forderung erwärmen, unbedingt allen Tüchtigen aller Volksschichten den Weg zu höherer Schulbildung zu ebnen. Er meint, daß hiermit den Kindern der Unbemittelten oft recht wenig genützt werde, und auch für Staat und Gesellschaft erwartet er kaum einen großen Gewinn, sofern es sich nicht um hervorragend Befähigte handelt. Prof. Baginsky warnte als Arzt sehr eindringlich davor, die meist gut entwickelten Kinder der Wohlhabenden zusammen mit den oft schlecht entwickelten Kindern der Unbemittelten zu unterrichten. Er sei nicht antisozial, sondern ein freisinnig denkender Mann, fügte er hier ausdrücklich hinzu; aber man könne nicht die soziale Frage durch die Schule lösen. Für viele in die höhere Schule eintretende Kinder, die aus der Volksschule herüberkommen, und vollends für diejenigen, die gerade in der Pubertätszeit aus der Mittelschule übertreten, müsse man gesundheitlichen Schaden fürchten. An der Besprechung der beiden Vorträge beteiligten sich nur Schulmänner, aber leider keiner der anwesenden Aerzte, so sehr dies gegenüber den die Einheitsschule schroff ablehnenden Ausführungen Baginskys zu wünschen gewesen wäre. Gegen Tauer sprach Gemeindeschulrektor Pretzel für die Einheitsschule im Sinne der deutschen Volksschullehrerschaft.

Die Speisung der Schulkinder

ist in Berlin seit Herbst 1916 an die allgemeine Volksspeisung angegliedert. Für die Speisenzubereitung bietet das den Vorteil, daß es einen einheitlichen und darum billigeren Betrieb ermöglicht. Warum aber werden auch für die Speisenentnahme die Schulkinder auf die Speisenausgabestellen der Erwachsenen verwiesen? Das Mißliche dieses Zustandes zeigt sich jetzt, wo die Beteiligung an der Volksspeisung mit jeder Woche wächst. In den als Ausgabestellen benutzten Turnhallen wird gerade zur Zeit des stärksten Betriebes, wo alle Teilnehmer rasch abgefertigt sein möchten, auch den Schulkindern ihr Mittagessen aufgetischt. Ließ sich das anfangs noch mit einander vereinen, so erweisen sich jetzt die meisten Turnhallen als zu klein für die gleichzeitige Abfertigung solcher Massen. Das Gewimmel und Getümmel, das sich da abspielt, ist manchmal „nicht mehr schön". Warum sammelt man nicht die Schulkinder in Klassenräumen, damit sie dort ihr Essen verzehren? Zum Teil sind ja schon Klassenräume zur Speisung der Schulkinder hergegeben, aber daneben werden immer noch auch die allgemeinen Speisenausgabestellen hierzu mitbenutzt. Das geschieht z. B. auch in der Markusstraße, wo die Turnhalle besonders klein ist. Wir sahen uns dort die Schulkinderspeisung in der Turnhalle und die gleichzeitig in zwei Klassenräumen stattfindende an. Die Speisung in den Klassenräumen vollzog sich in merklich angenehmeren Formen als die in der Turnhalle. Bei weiterer Mehrung der Volksspeisungsteilnehmer wird es dazu kommen müssen, daß überall den Schulkindern nur in den Klassenräumen ihr Mittagessen gereicht wird.

War das Bedürfnis nicht größer — ?

Zinslose Darlehen können an Bedürftige aus zwei von der Stadt Berlin verwalteten Wohlfahrtseinrichtungen gegeben werden, aus der Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitsame (die aber keine Anstalt in dem sonst üblichen Sinn, sondern nur ein Fonds ist) und aus der mit ihr verbundenen Biedersee-Stiftung. Während des Krieges haben bei diesen beiden Stiftungen die Fälle von Darlehnsgewährung sich nicht etwa gemehrt, sondern sich in auffälliger Weise gemindert. Für das Verwaltungsjahr 1915/16, aus dem jetzt ihr Jahresbericht vorliegt, haben sie nur noch ganz geringe Leistungen zu verzeichnen. In den drei letzten Jahren 1913/14, 1914/15, 1915/16 wurden Darlehen gegeben: aus Mitteln der ein Vermögen von jetzt über ¾ Million Mark besitzenden Friedrich-Wilhelm-Anstalt an 233, 160, 43 Personen 25 520 M., 17 345 M., 5590 M., aus Mitteln der mit nur wenig Vermögen ausgestatteten Biedersee-Stiftung an 69, 51, 13 Personen 5165 M., 3525 M., 965 M. Sollen wir glauben, daß im letzten Jahr das Verlangen nach zinslosen Darlehen wirklich nicht größer gewesen sei? Zutreffender dürfte die Annahme sein, daß beide Stiftungen die Hilfeleistung auf Fälle dringendsten Bedürfnisses eingeschränkt haben. In den letzten Jahren haben sie aus ihren Einnahmen große und immer größere Beträge zurückgelegt, was ihnen nur infolge der Verminderung ihrer Darlehnsgewährungen möglich war. Am Schluß der drei Verwaltungsjahre 1913/14, 1914/15, 1915/16 stellte sich der außer dem Vermögen noch vorhandene Kassenbestand bei der Friedrich-Wilhelm-Anstalt auf 9581 M., 16 901 M., 26 255 M., bei der Biedersee-Stiftung auf 3086 M., 4023 M., 6720 M. Mit dieser bis zum Schluß des letzten Verwaltungsjahres erreichten Höhe des Kassenbestandes vergleiche man den oben angegebenen winzigen Gesamtbetrag der Darlehen, die in demselben Jahr noch gewährt wurden. Wahrscheinlich glaubt die Verwaltung, die aus den Zinseinnahmen und den Darlehnsrückzahlungen einkommenden Gelder jetzt zusammenhalten zu sollen. Sie will wohl für spätere Zeiten gegenüber einem etwa eintretenden stärkeren Notstand gerüstet sein.

Bibliotheken und Lesehallen der Stadt Berlin.

Auf die Bibliotheken und Lesehallen der Stadt Berlin hat der Krieg im zweiten Jahr anders als im ersten eingewirkt. Im ersten Kriegsjahr ließ die Bibliothekenbenutzung beträchtlich nach, aber der Lesehallenbesuch nahm zu. Die Bibliotheksverwaltung wies in ihrem Jahresbericht 1914/15 darauf hin, daß durch die Einberufung zum Heeresdienst die Reihen der Bücherleser gelichtet worden seien. Daß dagegen die Leseräume in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch eine Mehrung der Besucher hatten, erklärte sie aus dem lebhaften Verlangen nach den dort ausgelegten Zeitungen und Zeitschriften mit Kriegslektüre. Das zweite Kriegsjahr hat nun, wie wir aus dem jetzt erschienenen Jahresbericht für 1915/16 ersehen, eine Umkehr des Verhältnisses gebracht. Während die Benutzung der Stadtbibliothek nur noch wenig sank und die der Volksbibliotheken sogar wieder stieg, zeigte der Besuch der Leseräume eine sehr merkliche Abschwächung. Offenbar hat die Neigung, sich in ein Buch zu vertiefen, allmählich wieder zugenommen.

Die Stadtbibliothek hatte 1915/16 eine Mehrung ihres Bücherbestandes auf 148 244 Bände. Im Laufe des Jahres wurden 158 763 Bände nach Hause verliehen, 17 852 weniger als im Vorjahr. Unter den neu eintretenden Lesern waren diesmal besonders viele Handelsangestellte und Handlungslehrlinge; die reichlichere Ausstattung der Bibliothek mit Büchern über Handel und Verkehr hatte sie dieser Bildungsstätte zugeführt. Den mit der Stadtbibliothek verbundenen Lesesaal benutzten 61 120 Männer und 10 641 Frauen, zusammen 71 581 Personen, während im Vorjahr hier 98 892 Männer und 9103 Frauen, zusammen 107 995 Personen als Besucher gezählt worden waren. In den 28 Volksbibliotheken stieg der Bücherbestand auf 235 653 Bände. Ausgeliehen wurden diesmal 1 531 211 Bände, 85 375 mehr als im Vorjahr. Die stärkste Benutzung hatten, wie im Vorahr, wieder die Bibliotheken in der Ravenéstraße und in der Spandauer Straße, aus denen 152 819 und 130 890 Bände entliehen wurden. Die mit Volksbibliotheken verbundenen 13 Lesehallen wurden besucht von 107 947 Männern und 14 691 Frauen, zusammen 122 638 Personen, im Vorjahr von 128 418 Männern und 15 504 Frauen, zusammen 143 922 Personen. Die Frauen sind unter den Besuchern der Leseräume stets nur spärlich vertreten. Ueber die Kinderlesehallen haben wir bereits Sonnabend berichtet.

Die Zahl der Armenkommissionen

hat sich nach dem soeben erschienenen Bericht der Armendirektion von 451 auf 452 erhöht. Die als Zwischeninstanz zwischen der Armendirektion und den einzelnen Armenkommissionen fungierenden Kreisversammlungen haben im Berichtsjahr 5912 Sachen

erledigt. In der Einteilung der Medizinalbezirke ist gegen das Vorjahr eine Aenderung nicht eingetreten; es bestehen nach wie vor 118 Bezirke. An Heilstättenkuren für Kranke beziehungsweise erhaltungsbedürftige Kinder wurden 1421 bewilligt. Die Kinder wurden je nach der Art ihres Leidens entweder den städtischen Heilstätten oder anderen Anstalten, besonders Lungenheilstätten, überwiesen. In offener Armenpflege wurden insgesamt 13 040 223 M. verausgabt. Dem steht eine Einnahme von 2 013 847 M. gegenüber, so daß die Armenverwaltung im Berichtsjahre eines Zuschusses von 11 026 376 M. bedurfte. Es wurden laufend unterstützt 38 773 Almosenempfänger und 11 876 Pflegekinder.

Die freien Hochschulen während des Krieges.

Der Tätigkeitsbericht, der in der Mitgliederversammlung der vereinigten freien Hochschulen erstattet wurde, konnte trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse von einem wesentlichen Aufschwung der Hörerzahlen berichten. 7875 in 1914/15 standen 15 018 in 1915/16 gegenüber, und da im Oktober—Dezember 1916 allein 10 150 Hörer eingetragen waren, läßt das im Oktober begonnene 30. Studienjahr ein weiteres Anwachsen der Hörerziffern erhoffen. Auch die Anzahl der Besucher zu einzelnen Vorträgen hat sich außerordentlich gehoben: 1066 in 1915/16 gegen 182 in 1914/15. Außerdem haben 5500 Besucher an den wissenschaftlichen Abenden teilgenommen. Ganz besonders erfreulich ist ferner die starke Zunahme der Hörerzahlen bei den Arbeitervorlesungen: 4135 in 1915/16 gegen 1540 im Vorjahre. An den veranstalteten Führungen und Vorträgen für Kriegsverletzte beteiligten sich 15 800 Mannschaften. — Die im abgelaufenen Studienjahr stattgehabte Verschmelzung der beiden Volkshochschulen Humboldt-Akademie, Freie Hochschule hat, wie die Ziffern beweisen, der nunmehr vereinigten Volkshochschule von Groß-Berlin viel innere Kraft und äußere Geltung zugeführt. Das erfreuliche Ergebnis ist nicht zum wenigsten auf die uneigennützige und angestrengte Tätigkeit der Dozentenschaft zurückzuführen.

„Radiumbrot".

Die deutsche Wissenschaft schreitet trotz des Krieges vorwärts. Das Heilmittel Radium ist, wie eine Korrespondenz zu melden weiß, von einem Erfinder zur Herstellung eines Radiumbrotes verwandt worden, das den Verdauungsprozeß auf das segensreichste beeinflussen soll. Gegenwärtig sucht er einen Kliniker von Ruf zur wissenschaftlichen Erprobung seiner Erfindung. Wir unterschätzen die Wichtigkeit des Verdauungsprozesses gewiß nicht, aber wir sind doch der Meinung, daß gerade dieses Problem nicht aktuell ist, sintemalen die Verdauungsorgane gerade gegenwärtig viel weniger in Anspruch genommen werden, als den meisten Zeitgenossen lieb ist. Unsere Leistungsfähigkeit ist in dieser Hinsicht noch lange nicht erschöpft. Wir könnten und würden gerne noch sehr viel mehr verdauen — wenn wir nur noch mehr zu essen hätten. Aber das Radium besitzt bekanntlich auch die Fähigkeit, die chemische Zusammensetzung der Dinge bis in die Atome hinein total zu verändern. Diese Eigenschaft, so scheint uns, hätte der Erfinder ausnutzen sollen. Man stelle sich z. B. ein Radiumbrot vor, das, nachdem man es hinuntergegessen hat, die im deutschen Kriegsmagen befindlichen Mengen von Wurst, Ei-Ersatz, Bouillonwürfel, Einheitsbrot und Kohlrübenfilets in Sahne, Trinkeier, Kraftbrühe, Schrippen und Beefsteak verwandelt.

Das Einheitsbrot.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats schreibt: In einer Pressenotiz ist bestritten worden, daß das Einheitsbrot in Hamburg sich bewährt habe. Wir sind demgegenüber in der Lage, eine gestern aus Hamburg vom Kriegsernährungsamt eingegangene amtliche Auskunft mitzuteilen. Danach sind die Erfahrungen mit dem Einheitsbrot durchaus günstig. Eine wesentliche Verbesserung des Roggenbrots ist damit erreicht. Klagen der Bevölkerung über das Fehlen des Weißbrotes sind nicht laut geworden. Selbst für Kranke wird nicht Weißbrot gebacken, da die Aerzte es für entbehrlich halten. Hamburg ist in der Lage, eine allgemeine Brotration vom 18. Februar ab auf 1800 Gramm zu erhöhen und hofft, durch die Einführung des Einheitsbrotes zu einer noch weiteren Erhöhung befähigt zu werden. — Auch in Wiesbaden, wo das Einheitsbrot eingeführt, das Weizenbrot aber verboten ist und nur auf ärztliches Attest verabfolgt wird, sind laut amtlicher Mitteilungen die Erfahrungen mit dieser Brotversorgung gut.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Vom Montag, den 5. Februar ab wird einem jeden Berliner Einwohner auf Abschnitt 14 der Eierkarte ein Ei gewährt. Die herrschende Kälte hat die Legetätigkeit der Hühner sehr beeinträchtigt. Unter diesen ungünstigen Umständen gehen auch die Zufuhren spärlich und unregelmäßig ein. Wenn also die Käufer in den Eierhandlungen in allen Fällen nicht sogleich befriedigt werden können, so ist dies in erster Linie auf jene Umstände zurückzuführen, denen die Käufer sicherlich Rechnung tragen werden.

Die Kriegsamtsstelle in den Marken gibt bekannt: Besitzer von Pferden, die nicht oder nicht voll beschäftigt sind, werden ersucht, ihre Pferde und Kutscher bei der Handelskammer von Berlin, Dorotheenstraße 8, zur Verwendung zum Transport von Lebensmitteln und Kohlen anzumelden. Für Gespann und Tag werden 50 M. und an den Kutscher 1 M. bezahlt. Die Reichsfutterstelle ist vom Kriegsernährungsamt ermächtigt worden, für derartige Pferde eine vorübergehende außerordentliche Haferzuweisung zu gewähren. In Charlottenburg wurden bereits für Pferd und Tag 1½ Pfund Hafer ausgeteilt.

Amtliche Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene sind jetzt in fast allen Städten und Gemeinden errichtet oder in der Bildung begriffen. Das Kriegsministerium hat deshalb den beteiligten Stellen und Behörden empfohlen, alle Unterstützungsgesuche zunächst der Fürsorgestelle zur Prüfung und weiteren Veranlassung zuzuführen, soweit es sich nicht etwa um einen Einspruch gegen die Versagung gesetzlicher Versorgungsgebührnisse handelt. Für die Prüfung der Gesuche sind bestimmte Fragen vorgesehen. Den Fürsorgestellen wird empfohlen, zu den Ermittelungen einen geeigneten Kreis freiwilliger und erfahrener Helfer und Helferinnen zur Mithilfe im Ehrenamt heranzuziehen. Von kleinlichen Ermittelungen soll abgesehen und die Erledigung nach Möglichkeit beschleunigt werden. Empfohlen wird auch, gleich die Höhe des etwa zu bewilligenden Betrages vorzuschlagen. Dabei ist mit strengster Unparteilichkeit zu verfahren. Die Kriegshinterbliebenen sind darauf aufmerksam zu machen, daß die Einreichung von Unterstützungsgesuchen und Eingaben unmittelbar bei dem Kriegsministerium die Erledigung ihrer Angelegenheit in den meisten Fällen nur verzögert. Die Gesuche werden doch den Fürsorgestellen zugeführt.

Die Minimaltarife für die Benutzung von Gasautomaten mögen in normalen Zeiten ihre Berechtigung haben. Gegenwärtig, wo der Gasverbrauch nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll, sind sie zweifellos nicht am Platz. Wer z. B. für eine Mark Gas „zu wenig" verbrannt hat und die Mark trotzdem zahlen muß, wird in der Regel durch diese „Geldstrafe" veranlaßt werden, hinfort das ganze Quantum zu verbrauchen, auch wenn er es nicht durchaus nötig hat. Jedenfalls steht diese Einrichtung in einem bedenklichen Widerspruch zu den wiederholten Aufforderungen an die Bevölkerung, mit Licht und Brennmaterial nach Möglichkeit zu sparen.

Keine Preisanschriften bei Web-, Wirk- und Strickwaren. Nach einer vom Oberkommando erteilten Auskunft ist es verboten, sowohl in Tageszeitungen, periodischen Druckschriften, Preislisten, auf Anschlagsäulen, Verteilzetteln und in Schaufenstern Web-, Wirk- und Strickwaren mit Preisen zu versehen.

Tauchbootbriefe vom Heer. Die Auflieferung von Tauchbootbriefen ist jetzt auch durch deutsche Heeresangehörige im Felde ausdrücklich zugelassen worden. Sie sind „An das Vermittlungsamt in Hamburg 1" einzusenden. Die Bedingungen und Gebühren sind dieselben wie für die bürgerliche Bevölkerung.

Bezugsscheine. Wenn der Inhaber eines Bezugsscheines in einem Geschäft die volle Menge der auf dem Bezugsschein vermerkten Waren nicht erhält, dann ist der Verkäufer nicht befugt, den Bezugsschein an den Käufer zurückzugeben. Ebensowenig ist es zulässig, daß der Verkäufer den Bezugsschein behält und dem Käufer bescheinigt, daß er nicht die volle auf dem Bezugsschein angegebene Warenmenge erhalten hat, sondern der Kunde muß den Bezugsschein bei der zuständigen Ausfertigungsstelle gegen soviel Einzelbezugsscheine umtauschen, als Geschäfte liefern sollen.

Zum Fall Kupfer. In der Pension der Frau Jablonski, Kurfürstendamm, wurde das Zimmer des dort wohnenden Leutnants Gerbrecht von Kriminalbeamten durchsucht und er selbst verhaftet. Die Polizei hatte in der Wohnung der Frau Kupfer Fliegerphotographien gefunden, die dem Leutnant Gerbrecht gehören, und auch aus anderen Anzeichen geschlossen, daß er zu dem intimeren Kreise der Schwindlerin gehöre.

Der Rummelsburger See ist für den Eissport freigegeben worden. Bis 2 Uhr nachmittags steht die Eisbahn den Schulkindern Groß-Berlins, soweit sie in Begleitung ihrer Lehrer erscheinen, zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Zirkus Busch. Die ausgezeichneten Vorführungen des Direktors Bille mit seinen dressierten Bären und Pferden und die seiner Gattin, die ihre mächtigen Zöglinge, die Elefanten, wunderbar meistert, haben einen so großen Beifall gefunden, daß sie auch in das neue Programm übernommen worden sind. Ein besonderer Typ der Manege ist der Türke Miliqui, der Vulkanmensch, dem das Feuer sein ureigenstes Element zu sein scheint. Die Radfahrtruppe Cape hat einen hohen Ruf auf dem Gebiete künstlerischen Radfahrens. Auch sonst weist das neue Programm eine Reihe bester Kräfte auf.

Zirkus Schumann. Obgleich die Ausstattungspantomime „Die Seeräuber" eine durchaus ernste Handlung aufweist, kommt darin der Humor doch voll zu seinem Rechte. Im ersten Akt tritt bei dem holländischen Fest ein niederländisches Damenensemble mit Gesang und Tanz in Aktion; ein lustiges Fahrennen findet statt und allerlei fröhliche Scherze werden getrieben, bis das Auftreten des Piraten allen Frohsinn bannt. Die dann folgenden Szenen führen uns schließlich ins Wunderland Indien. Ueberwältigend wirkt die gewaltige farbenprächtige Apotheose, die den Schluß des wirkungsvollen Manege-Schauspiels bildet.

Von einer Eisenbahnmaschine überfahren und getötet wurde die 62 Jahre alte Wagenputzerin Frau Marie Riemann aus der Eylauer Straße 9, die auf dem Potsdamer Bahnhof beschäftigt war. Sie geriet beim Ueberschreiten eines Gleises der Wannseebahn unter die Maschine und wurde so schwer verletzt, daß sie auf der Stelle starb.

Selbstmordversuch. Mit Leuchtgas versuchte der 58 Jahre alte Arbeiter K. aus der Swinemünder Straße sich das Leben zu nehmen. Der Mann war schon länger lebensüberdrüssig. Als seine Frau und Kinder nicht zu Hause waren, schraubte er die Gaslampe ab und legte sich hin, um den Tod zu erwarten. Zum Glück kehrte die Frau bald zurück. Die Feuerwehr rief den Bewußtlosen in das Leben zurück und brachte ihn zur Charité.

Eierdiebe. Bei einer Trödlerin in der Kopernikusstraße fand die Polizei drei Kisten voll Eier. Die Frau behauptete, sie für 1400 M. gekauft zu haben, um sie für künftige Zeiten für sich einzulegen. Die Polizei konnte indes feststellen, daß der reiche Vorrat aus wiederholt beobachteten Eierdiebstählen auf Güterbahnhöfen in Verbindung steht. Ungetreue Kutscher hatten die für den Magistrat bestimmten Eier aus Eisenbahnwagen gestohlen und unter der Hand verkauft. Die diebischen Kutscher wurden verhaftet.

Aus den Gemeinden.

Gebäck für Kartoffeln in Charlottenburg. Im Anschluß an die Bekanntmachung betr. Verabfolgung von Gebäck als Ersatz für Kartoffeln hat der Magistrat Charlottenburg bestimmt, daß in der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar 1917 an Stelle der Kartoffeln auch auf jeden der vier Abschnitte 14 der Zusatzkartoffelkarten je 100 Gramm Gebäck entnommen werden dürfen.

Kartoffelversorgung in Neukölln. Vom Magistrat wird uns mitgeteilt, daß von der Bevölkerung verschiedentlich über die Belieferung mit Kartoffeln durch die Kleinhändler Klage geführt wird. Eine größere Anzahl Kleinhändler hat die Anmeldung zur Kundenliste entgegengenommen, und trotzdem sie von den Großhändlern ausreichend versorgt worden sind, die Geschäfte nicht geöffnet, sondern überläßt die angemeldete Kundschaft der vom Donnerstag jeder Woche eintretenden Versorgung aus den städtischen Geschäften. Es ist Anweisung gegeben worden, daß die Fälle, in welchen die einzelnen Kunden von ihrem Kartoffelhändler nicht befriedigt worden sind, nachgeprüft werden. Wo festgestellt wird, daß trotz der Belieferung durch die Großhändler eine Befriedigung der Kundschaft nicht stattgefunden hat, werden die Kleinhändler von der künftigen Belieferung ausgeschlossen.

Kriegswirtschaft im Kreise Teltow. Einem Bericht über die Kriegsfürsorge der Kreisverwaltung im Jahre 1916 entnehmen wir folgende Zahlen: Die Lebensmittelfürsorge der Kreisverwaltung fand im Mai 1916 ihren Mittelpunkt in der Teltower Kriegswirtschafts-Gesellschaft m. b. H., deren Umsatz sich in den Monaten Mai bis September 1916 auf nicht weniger als 17 Millionen Mark belief. Brotkarten wurden im zweiten Kriegsjahr an 509 947 Einwohner ausgeteilt; die Zahl der Selbstversorger betrug 19 544. Für Jugendliche von 14 bis 17 Jahren wurden 115 000 Brotzusatzkarten ausgegeben. Der monatliche Mehlbedarf des Kreises betrug durchschnittlich 32 500 Doppelzentner. Zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung bezog der Kreis Teltow im Frühjahr 1916 von der Provinzialkartoffelstelle 820 000 Zentner Speisekartoffeln. Für die Wintervorsorgung bis zum 15. April 1917 wurde bei der Reichskartoffelstelle ein Fehlbedarf von 667 000 Zentner angemeldet. Von der eigenen Kartoffelernte des Kreises wurden 1 227 000 Zentner für den Bedarf der verbrauchenden Bevölkerung beschlagnahmt. Im April 1916 trat der Kreis Teltow der Viehverteilungsstelle Groß-Berlin bei, von der er 12,98 Prozent des für Groß-Berlin angelieferten Schlachtviehs erhält. Für den Bezug von Butter usw. durch Speisefettkarten sind im Kreise etwa 480 000 Einwohner berechtigt. Die Zuckerkartenregelung umfaßt dagegen alle Einwohner des Kreises. An Einmachezucker wurden 1916 386 000 Pfund abgegeben. Insgesamt hat der Kreis Teltow nach Einführung der Zuckerkarten bis zum Ende des Zuckerwirtschaftsjahres 1916 26 069 Doppelzentner Zucker verteilt.

Für die Familienunterstützungen wurden seit Kriegsausbruch bis zum Oktober 1916 insgesamt 36,7 Millionen Mark ausgezahlt. Die Zahl der Unterstützungsberechtigten erhöhte sich auf 106 000. Die Ausgaben der Gemeinden für die übrige Kriegswohlfahrtspflege beliefen sich bis Oktober 1916 auf 6,3 Millionen Mark.

Soziales.

Hilfsdienst und Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Das Hilfsdienstgesetz hat auch auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge eingewirkt. Bisher war es oberster Grundsatz aller Berufsberatung, jeden Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit wieder dem alten Berufe zuzuführen. Dort nur kann er die beruflichen und fachtechnischen Kenntnisse am besten ausnützen. Das wurde aber bisher schon oft verhindert durch die vom Krieg stark beeinflußten Verhältnisse. In manchen Zweigen der Textilindustrie und der Luxusindustrie war es bisher schon unmöglich, Kriegsbeschädigte unterzubringen. Lagen sie doch fast still. Den oben erwähnten Grundsatz durchzuführen, wird in der Zukunft noch schwerer werden, weil die Einstellung unseres ganzen Wirtschaftslebens auf die Kriegsunterstützung besondere berufliche Unterscheidung bei den Kriegsbeschädigten aus manchen, mit der Kriegsindustrie nur entfernt oder gar nicht im Zusammenhang stehenden Berufen hindern wird. In einem in der neuesten Nummer der „Kriegsbeschädigtenfürsorge" veröffentlichten Erlaß des Kriegsamts vom 27. Dezember 1916 wird darauf hingewiesen, jede verfügbare Arbeitskraft der Kriegsarbeit zuzuführen; diese Notwendigkeit müsse auch für die Eingliederung der Kriegsbeschädigten in den Wirtschaftskörper ausschlaggebend sein.

An den schon bestehenden Verhältnissen ändert der Erlaß wohl nur wenig, da jetzt eine andere Tätigkeit als in der Kriegsindustrie nur selten zu finden sein wird. Besser wäre es ja, wenn die Kriegsbeschädigten Stellung finden könnten, in denen sie eingearbeitet und gesichert wären, wenn nach Beendigung des Krieges die gesunden Arbeitskräfte zurückfluten. Die Verhältnisse machen dies leider zu einem frommen Wunsch. Wird aber für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten in der Kriegsindustrie gesorgt, dann wird zugleich gesorgt für die Eingewöhnung in die Arbeit. Das ist von großem Wert. Denn wenn diese Eingewöhnung an sich erst einmal erfolgt ist, dann wird die spätere Umstellung auf das ursprüngliche Arbeitsgebiet nicht allzu schwer sein. Hoffentlich folgt nun aber auch recht bald ein Erlaß an die Arbeitgeber in der Kriegsindustrie, der diesen Anweisung zur Einstellung Kriegsbeschädigter gibt und dabei auch auf die Lohnfrage eingeht.

In dem Erlaß werden auch einige Punkte erwähnt, die der besonderen Hervorhebung wert sind. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Aufgaben der Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung von den stellvertretenden Generalkommandos nur durch ständige und planmäßige Zusammenarbeit mit den Trägern der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gelöst werden können. Es dürfe daher auch nicht lediglich dem Ermessen der ärztlichen Stelle (Chefarzt usw.) überlassen bleiben, ob bürgerliche Berufsberater in die Lazarette zugelassen werden; vielmehr werde hierüber eine grundsätzliche Verständigung mit der Hauptfürsorgeorganisation herbeizuführen sein. Es wird darauf hingewiesen, daß zur Vermeidung von Verwirrung die in einzelnen Korpsbezirken errichtete militärische Berufsberatung nicht ohne ausreichende Fühlung mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge und im gleichen Sinne wie diese arbeite. Noch vorhandene Mängel seien durch fortgesetzten Meinungsaustausch zwischen dem stellvertretenden Generalkommando und den zuständigen Hauptfürsorgeorganisationen abzustellen. Dem Ausbau und der Vertiefung der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge müsse militärischerseits schon deshalb jede zulässige Unterstützung zuteil werden, weil ihr nach der Demobilmachung die weitere soziale Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten fast ungeteilt zufalle. Bis dahin müsse sie in den Stand gesetzt sein, sich ihrer dann ganz besonders schwierigen Aufgabe mit größtmöglichem Erfolg zu unterziehen.

Die in diesen Sätzen ausgesprochenen Richtlinien sind ebenso lebhaft zu begrüßen, wie das Antwortschreiben des Vorsitzenden des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß auf der Grundlage des engen Zusammenarbeitens auch alle noch schwebenden oder neu auftauchenden Fragen einer baldigen Klärung und glücklichen Lösung zugeführt würden. Dazu rechnet der Reichsausschuß in erster Linie die infolge der Veränderung des wirtschaftlichen Lebens besonders schwierige und wichtige Aufgabe, die Kriegsbeschädigten nach Wiederkehr friedlicher Verhältnisse wieder ihren ursprünglichen Berufen und dauernden Stellungen zuzuführen, bevor ihnen durch das Zurückströmen der gesunden Arbeiter die ihrer beschränkten Arbeitsfähigkeit entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten verschlossen werden.

Ein Punkt scheint uns allerdings auch noch weiter dringend der Klärung zu bedürfen. Das ist die Frage der Versicherungspflicht der noch nicht aus dem Heeresdienst entlassenen, aber schon zur Arbeitstätigkeit herangezogenen Kriegsbeschädigten, die ihrer baldigen Erledigung harrt. Wir werden auf diesen Punkt noch in einem besonderen Artikel im „Vorwärts" eingehen.

Krieg und Volkszahl in Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus trat der oppositionelle Graf Apponyi sehr nachdrücklich für gründlichen Mütter- und Säuglingsschutz ein. Er wies darauf hin, daß im Jahre 1914 noch 630 407 Geburtsfälle gegenüber 485 433 (zweien) Sterbefällen zu verzeichnen waren. 1915 die Geburtenzahl bereits auf 423 000 sank, während die Sterbefälle in der Zivilbevölkerung auf 489 002 stiegen. 1916 aber wurden gar nur noch 280 000 Kinder geboren, allerdings starben in diesem Jahre nur 370 000 Zivilisten. Die Säuglingssterblichkeit stieg von 19,7 Proz. im Jahre 1914 auf 28,4 Proz. im Jahre 1915, 1916 betrug sie 23 Proz.

Befreit eine Militärrente von der Invalidenversicherung?

Vom preußischen Kriegsministerium ist verfügt worden, daß dann, wenn zu erwarten ist, daß die Erwerbsbeschränkung nicht unter 10 Proz. fällt, den Versorgungsberechtigten, die im jetzigen Kriege eine Kriegsdienstbeschädigung erlitten haben, auf Antrag eine dahingehende Bescheinigung auszustellen ist, daß ein günstiger Fortfall der Rente und der Kriegszulage nicht eintreten kann. Wenn eine Verstümmelung vorliegt, die die Verstümmelungszulage im Gefolge hat, dann soll sich die Bescheinigung auch auf diese erstrecken.

Diese Bescheinigung wird gelegentlich von den Kriegsbeschädigten dazu benutzt, gemäß § 1267 der RVO. den Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht zu beantragen. Der § 1267 läßt diese Befreiung zu für den, dem vom Reiche oder einem Bundesstaat Rußgeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge im Mindestbetrag der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse bewilligt sind und daneben Anwartschaft auf Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet ist. Ueber die Frage, ob eine Militärrente zu den ähnlichen Bezügen gehört, ist unter der Geltung der RVO. noch keine Entscheidung des Reichsversicherungsamts ergangen. Aber selbst wenn diese Rente zu den ähnlichen Bezügen gerechnet werden sollte, ist die Befreiung von der Versicherungspflicht deshalb nicht angängig, weil ihr Bezug die Anwartschaft auf Hinterbliebenenrente nicht gewährleistet. Es muß das auch für unverheiratete Personen gelten, da das Gesetz keinen Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen macht und naturgemäß auch nicht machen kann, weil es sich dabei um Verhältnisse handelt, die sich ändern können. Das Gesetz hat die Hinterbliebenen schützen wollen in den Fällen, wo der Versicherte selbst unter Umständen sich für genügend versorgt hält. In keinem Falle garantiert aber eine Militärrente den Bezug der Hinterbliebenenrente. Selbst ein unheilbarer Kranker, ein schwer Lungenleidender z. B., kann an einem plötzlich einsetzenden anderen Leiden sterben und dann besteht kein Anspruch der Hinterbliebenen auf Versorgung, die, falls das Lungenleiden, das als Dienst- oder Kriegsdienstbeschädigung anerkannt war, zum Tode geführt hätte, hätte gewährt werden müssen.

Aber auch wenn zuträfe, daß die Militärrente von der Invalidenversicherung befreite, läge es im wohlverstandenen Interesse des Kriegsbeschädigten, diesen Antrag nicht zu stellen, sondern sich auch die Bezüge nach der Reichs-Versicherungsordnung zu sichern.

Darf ein Arzt einen Unfallverletzten als Simulanten bezeichnen?

Einen befremdenden Beschluß hat der „Aerztlichen Sachverständigen-Zeitung" zufolge das Amtsgericht Bochum gefaßt. Es hat einen Antrag eines Verletzten, der vom Arzt als Simulant bezeichnet wurde, zurückgewiesen und dabei begründend ausgeführt, daß die Stellung des Arztes zu den Kranken es im allgemeinen

mit sich bringe, daß man ihm das Recht zuerkennen müsse, auf schlaffe, energielose Kranke mit einer den militärischen Gepflogenheiten ähnelnden Straffheit und Schärfe einzuwirken. Vielmehr sei das aber bei den der Reichsversicherung angehörigen Kranken der Fall. Erfahrungsgemäß seien unter diesen sehr viele Simulanten, die nach Erlangung einer Rente streben und zu diesem Zweck eine Erkrankung vorspiegeln. Habe der Arzt die Ueberzeugung, daß er einen solchen Kranken vor sich habe, dann habe er das Recht zu derartigen scharfen Vorhaltungen und dem Beschuldigten könne seine Behauptung, er habe den Privatkläger für einen Simulanten angesehen, nicht widerlegt werden.

Der Antrag des Beleidigten auf Eröffnung des Hauptverfahrens wurde daher zurückgewiesen. Gegen eine derartige gerichtliche Anerkennung der Schimpffreiheit der Aerzte müssen die Arbeiter doch ganz entschieden protestieren. Der Arzt braucht bloß zu sagen, daß er überzeugt sei, der Arbeiter simuliere und dann darf er diesem diese Beleidigung nicht nur ins Gesicht schleudern, er darf sie ihm sogar schriftlich geben, indem er sie in das Gutachten hineinbringt. Dagegen muß umsomehr protestiert werden, weil der Beschluß des Bochumer Amtsgerichts von Sachkenntnis nicht im geringsten getrübt ist. Gewiß, es gibt Simulanten. „Dies ist eine bedauerliche, aber keine neue oder der Arbeiterversicherung eigentümliche Erscheinung. Auch auf anderen Gebieten und bei den wirtschaftlich besser gestellten Ständen ist sie anzutreffen. Bei letzteren wie die Versicherungsgesellschaften wissen und erfahrene Aerzte bestätigen keinesfalls seltener, oft aber viel hartnäckiger wie bei den Arbeitern. Diese sind eben nicht besser, aber auch nicht schlechter als der Durchschnitt der Nation." So sagt Kaufmann, der Präsident des Reichsversicherungsamts in seinem Schriftchen „Licht und Schatten bei der Deutschen Arbeiterversicherung", und diesem wird wohl etwas mehr Einblick zugetraut werden dürfen als den betreffenden Bochumer Amtsrichter. In dem gleichen Schriftchen weist Kaufmann auch darauf hin, daß früher, als größere Erfahrungen noch fehlten, die Simulation bedeutend überschätzt wurde. So wurde früher die Zahl der Simulationen bei Neurosen auf 25 bis 30 vom Hundert angenommen, während genauere Beobachtungen ergeben haben, daß die Zahl von 8 vom Hundert, die ein späterer Forscher angenommen hat, wahrscheinlich noch zu hoch ist. „Immer mehr" sagt Kaufmann, „hat sich das Wort von Möbius bestätigt, daß die Zahl der Simulanten, welche der Arzt beobachtet haben will, gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu dem ärztlich-psychologischen Wissen des Beobachters steht". Wenn Beschwerde gegen den Beschluß eingelegt worden ist, was hoffentlich geschah, dann dürften die Kaufmannschen Darlegungen dabei recht gute Dienste leisten.

Gerichtszeitung.

Aufhebung einer Verkürzung der Polizeistunde.

Gegen den Bergbaudenbesitzer Thiele, der oberhalb von Petersdorf das Lokal Wilhelmshöhe betreibt, hatte die Ortspolizeiverwaltung von Petersdorf eine Verfügung erlassen, durch die ihm die Polizeistunde von 12 Uhr nachts auf 10 Uhr verkürzt wurde. Die Verfügung hatte die Tatsache zum Anlaß, daß während der Kriegszeit mehrfach im Lokale des Thiele getanzt wurde. Schon 1915 war er deswegen angezeigt worden und man hatte ihn zu einer Geldstrafe rechtskräftig verurteilt. Dann kamen für die Verfügung eine Reihe späterer Tanzfälle in Betracht. In diesen Fällen war aber vor dem Schöffengericht wie auch vor der Strafkammer Freisprechung erfolgt. Die Strafgerichte hatten hier ein Verschulden Thieles verneint. Th. beschwerte sich nun wegen der Herabsetzung der Polizeistunde. Landrat und Regierungspräsident wiesen die Beschwerden ab. Darauf klagte Th. gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht mit dem Antrage, jene polizeiliche Verfügung hinsichtlich der Polizeistunde aufzuheben. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt die polizeiliche Verfügung, durch die die Polizeistunde auf 10 Uhr herabgesetzt worden war, außer Kraft gesetzt. Begründend wurde ausgeführt: Die fraglichen Tanzlustbarkeiten seien im wesentlichen, mit ganz geringen Ausnahmen, um 10 Uhr abends beendet gewesen. Wenn unter diesen Umständen eine Verfügung ergehe, die die spätere Polizeistunde eben auf 10 Uhr abends herabsetze, dann sei das nicht das geeignete Mittel, Tanzlustbarkeiten, die nur bis 10 Uhr zu dauern pflegten, für die Zukunft zu verhindern. Nach § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts sei es aber die Aufgabe der Polizei, zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die „geeigneten" Mittel zu ergreifen. Da die Herabsetzung der Polizeistunde auf 10 Uhr nicht das geeignete Mittel sei, bis 10 Uhr dauernde Tanzlustbarkeiten zu verhindern, so sei die Polizeiverfügung außer Kraft zu setzen. Und die Herabsetzung der Polizeistunde bloß als eine Art Bestrafung würde unzulässig sein.

Mit zwei jugendlichen Raubmördern hatte sich das Reichsgericht zu befassen. Das Landgericht II in Berlin hat am 8. November den Bäckerlehrling Richard Klaus und dessen Bruder, den Laufburschen Otto Klauß, wegen Mordes zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Der erste ist 18, der zweite 16 Jahre alt. Beide waren in Fürsorgeerziehung gewesen. Sie entflohen aus der Lehre. In Berlin trieben sie sich einige Zeit umher und gingen dann zu einer Bekannten ihrer Eltern, der 53 Jahre alten Blumenhändlerin Anna Rudolphi, Maybachufer 2. Am 25. September überfielen beide die R., als sie allein in der Wohnung war, und ermordeten sie durch Messerstiche, welche von Otto geführt wurden, während Richard das Opfer festhielt. Als die Frau tot war, eigneten sie sich etwas über 2 M. sowie eine Anzahl Gebrauchsgegenstände an, mit denen sie sich entfernten. Von dem Erlös der Sachen lebten sie bis zu ihrer Verhaftung. Revision gegen das Urteil hatte der Vater der beiden Angeklagten eingelegt. Gerügt wurde, daß kein Sachverständiger über den Geisteszustand der Angeklagten vernommen worden ist, wie es der Verteidiger beantragt hatte. Das Landgericht hat den Antrag abgelehnt, da es sich selbst für sachverständig genug hielt, die Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten zu prüfen. Das Reichsgericht verwarf, da eine Gesetzesverletzung nicht vorlag, die Revision.

Aus aller Welt.

Wölfe an der Ostfront.

Einem Bericht des Korrespondenten der „Wetscherneja Wremja" zufolge machen zahlreiche hungrige Wölfe die russische Front in Polen unsicher. Die Wölfe fallen sogar in die Frontstellungen ein. Ihre Anzahl ist mitunter so groß, daß die Russen gezwungen sind, zur Abwehr der Raubtiere mit Maschinengewehren zu schießen. Vor kurzem begegneten deutsche und russische Erkundungsabteilungen einander und waren in ein heftiges Gefecht verwickelt, als plötzlich ein großes Rudel Wölfe auf dem Kampfplatz erschien. Die Feindseligkeiten wurden sofort eingestellt und beide Parteien vereinigten sich zu einer Wolfsjagd. Die Wölfe wurden vertrieben und die Soldaten kehrten in ihre Laufgräben zurück.

Das Erdbeben bei Agram richtete in Munkendorf großen Schaden an. Beinahe alle Häuser wurden beschädigt. Einzelne sind ganz eingestürzt. Die Bevölkerung verließ fluchtartig die Wohnstätten und suchte in Holzhäusern und Stallungen Zuflucht. Zwei Bauernsöhne wurden von den einstürzenden Mauern verschüttet, aber durch sofort eingeleitete Räumungsarbeiten gerettet. Von militärischer Seite wurden Zelte, Decken, Feldküchen usw. nach Munkendorf abgesandt. Auch in Rann sind infolge des Erdbebens fast sämtliche Häuser beschädigt. Die Bevölkerung wurde zum Teil in Zelten untergebracht. Dem Erdbeben ist ein Menschenleben zum Opfer gefallen.

Das Dissidentenkind. Unsere Freundin Else ist schon ein großes Schulkind. Da sie zu der augenblicklich wieder gesetzgeberisch behandelten Gattung der Dissidentenkinder gehört, fragten wir sie, ob sie in den Religionsunterricht geht. Ja, aber bald vielleicht nicht mehr. Warum? Na, es wird ja jetzt darüber verhandelt, aber das Zentrum will nicht. So, so, was ist denn das, das Zentrum? Na — — Berlin-Mitte!

Parteiveranstaltungen.

Hermsdorf. Sonntag, 4. Februar, vormittags 9½ Uhr, findet im „Gasthaus Eggebrecht" ein Extra-Zahlabend statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV Hof rechts, parterre am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

H. W. 57. 1. Meldungen zum Schreibdienst in Steuerkassen, Brotkommissionen usw. sind zu richten an das Generalbureau des Berliner Magistrats (Rathaus, Zimmer 41—45). 2. Meldungen zum Vaterländischen Hilfsdienst werden entgegengenommen von allen militärischen Dienststellen, die Bedarf an Hilfskräften haben. Für weibliche Personen kommen in Betracht z. B. Reinigungsarbeiten auf den Bekleidungskammern der Kasernen und Bezirkskommandos, Küchenarbeiten in Kasernen und Lazaretten, Näharbeiten in den Handwerksstuben der Truppen, Waschearbeiten in den Garnisonwäschereien, Krankenwartedienst in den Lazaretten, Hilfsarbeiten in den Lebensmittellagern der Proviantämter, der Proviantdepots und der Ersatzmagazine, Schreib-, Maschinenschreib-, Stenographie- und Fernsprechdienst bei den militärischen Behörden. Meldungen können auch gerichtet werden an die militärischen Meldeämter, Hauptmeldeämter, Bezirkskommandos und Garnisonkommandos. — **M. L., Brüssel.** Herrn Martin Wenck, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 116. — **P. 88.** Königl. Hofkammer, Charlottenburg, Am Luisenplatz. — **P. 336.** Nicht das Reichstagswahlrecht, wohl aber das preußische Landtagswahlrecht beruht auf der Dreiklassenwahl, weil die Urwähler nach ihrer Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt sind. So umfaßte z. B. bei der Landtagswahl 1908 die erste 3,82, die zweite 13,87, die dritte Klasse 82,32 Proz. der Urwähler. Die drei Wähler erster hatten aber durchschnittlich dieselbe Anzahl von Wahlmännern zu wählen, als die 82 Wähler der dritten Klasse. Daher die Bezeichnung Dreiklassenwahl. — **P. 175.** Ein französisches Wörterbuch können Sie schon zum Preise von 1,20 M. von der Buchhandlung Vorwärts oder auch durch Ihren Zeitungsspediteur beziehen. Sie werden damit aber nicht in Lage sein, ohne jede Kenntnis der französischen Sprache Briefe zu übersetzen oder solche zu schreiben. Sie tun daher gut, sich den Brief übersetzen zu lassen. — **G. K. 14.** Sie können Anspruch auf Reichswochenhilfe geltend machen, und zwar ist der Antrag, wenn Sie selbst Mitglied einer Krankenkasse sind, bei dieser zu stellen. Sonst muß der Antrag bei der Krankenkasse gestellt werden, der Ihr Mann als Mitglied angehörte. — **A. B. 12.** Die Beantwortung Ihrer Anfrage ist im Briefkasten nicht angängig. Der Kurszettel ist an jedem Bahnhofsschalter erhältlich. — **W. F. 49.** 1. Die Unterstützung kommt in Fortfall; Sie haben Anspruch auf Witwenrente. 2. Sie können dazu rechtlich nicht verpflichtet werden. 3. Sie würden sich mit einer solchen Androhung wegen Erpressung strafbar machen. — **B. Sch. 4.** Ihr Mann hat Anspruch auf Krankengeld. Er muß durch Erbringung eines ärztlichen Attestes sofort der Krankenkasse davon Mitteilung machen. — **Paul Pankin.** Eine Klage gegen die Ehefrau ist deswegen nicht zulässig. **E. H. 4.** Der Kontrakt kann nicht rückgängig gemacht werden, es sei denn, daß der Hauswirt damit einverstanden ist. — **F. C. 25.** 1. Wenn Sie von der Firma einen Abkehrschein erhalten, können Sie anderweitig in Arbeit treten. Verweigert Ihnen die Firma einen solchen Schein, so können Sie sich mit einer Beschwerde an den Ausschuß, Linienstraße 83/85, wenden. 2. Einer solchen Reklamation wird nicht stattgegeben werden. 3. Nein. 4. Sie müssen dem Bezirksfeldwebel Mitteilung davon machen. — **W. E. 1806.** 1. und 2. Nein. — **A. B. 68.** Wann die einzelnen Linien der „Großen Berliner" elektrisiert wurden, haben wir nicht notiert. Als erste Linie dieser Gesellschaft ging am 1. März 1898 die Strecke Schöneberg—Alexanderplatz in elektrischen Betrieb über. — **H. 14.** Anmeldung zur Jugendweihe an das Bureau des Verbandes der Wahlvereine, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — **Landsturm.** Nobl fiel am 18. Juni 1910 dem Flugsport zum Opfer. — **J. W. 14.** 1.—3. Nach den allgemeinen Bestimmungen nicht. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß unter den jetzigen Umständen Ausnahmen zulässig sind. Wir möchten Ihnen raten, sich brieflich mit einer Anfrage an die Oberpostdirektion zu Berlin zu wenden. Von dort erhalten Sie sicher sachliche Auskunft. Anfangsgehalt 1[illegible]00 Mark, steigend bis 3300 Mark. — **K. G.** 1. Kriegsrohstoffgesellschaft, Berlin, Hedemannstraße 9—10. 2. Bestellungen nimmt unsere Spedition entgegen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im Nordwesten vielfach heiter, in den anderen Gegenden überwiegend bewölkt, mit meist geringen, nur im Südosten etwas stärkeren Schneefällen, zunächst noch ziemlich strenger Frost, später etwas gelinder.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn

Rudolf

am 15. Januar 1917 durch Kopfschuß auf dem Schlachtfeld, kurz vor seinem 21. Geburtstag, gefallen ist. †4

Oskar Jensch und Frau
Frida Jensch als Schwester
Walter Jensch als Bruder.
Waldemarstraße 15.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen
(Ersatzkasse.)
Verwaltungsstelle Berlin B.

Am 29. Januar verstarb unser Vorstandsmitglied

Oswald Seeler
Neukölln, Friedelstr. 26.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes Hermannstraße, aus statt. 39/17

Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin-Schöneberg, Bezirk II.

Am 29. Januar verstarb nach langem Leiden im Alter von 67 Jahren unser Mitglied, der Stukkateur

Rudolf Eichhorn.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des II. Schöneberger städtischen Friedhofes, Eythstraße (Blanke Hölle), aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
198/11 **Der Vorstand.**

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege

Ernst Winkel

(Musterkonfektion), geb. 11. Januar 1874, am 28. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 3½ Uhr, auf dem städt. Friedhof, Seestraße, Ecke Müllerstraße, statt.
164/13 **Die Ortsverwaltung.**

Gewidmet zum 28. Geburtstag
meines lieben jüngsten Sohnes, unseres guten Bruders, des Jägers

Georg Rackau

5. Jäger-Bat., 5 Komp., gefallen am 9. Januar 1916, durch Kopfschuß.

Man hat in fremder Erde sein letztes Bett gemacht, dort ruht er ohn' Beschwerden, ein Stein hält stille Wacht. Der spricht von Kampfgebrause, ruht hier ein Krieger aus; er kann nicht mehr nach Hause, und doch ist er zu Haus'. Als Held liegst Du gebettet, fühlst nichts von schwerer Zeit; uns bleibst Du unvergessen für alle Ewigkeit. †15

Dein tiefbetrübter Vater
Richard Rackau
und Geschwister.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachrufe.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Hermann Möllmer

am 20. Januar im Alter von 40 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Karl Tatschink

am 27. Januar im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Ernst Weber

am 20. Januar im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
71/11 **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

Emil Seyser
(Bezirk Lichtenberg)

am 29. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof in Marzahn statt.
137/13 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Stukkateur

Rudolf Eichhorn

im Alter von 67 Jahren verschieden ist.

Die Beerdigung findet am 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem 2. städtischen Schöneberger Friedhof (Blanke Hölle) statt.
Um stilles Beileid bittet
Die Familie Eichhorn,
Grunewaldstr. 33.

Nachtrag
zur Bilanz am 30. September 1916.

Die Haftsumme, für welche am Schluß des Geschäftsjahres alle Genossen zusammen aufzukommen haben, beträgt 1835.— M. 1828b
Bäckereigenossenschaft „Volksbrot",
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Beuster. Otto Korn.

Allgemeine Orts-Krankenkasse
für den Stadtkreis
Charlottenburg.

Bekanntmachung.

Das Versicherungsamt (Beschlußausschuß) hat auf Antrag des Kassenvorstandes genehmigt, daß das Sterbegeld beim Tode eines Kassenmitgliedes auf das Dreißigfache des Grundlohns erhöht wird. Damit tritt § 29 Absatz 1 der Kassensatzung wieder in Kraft und zwar vom 16. d. Mts. ab. 274/1

Charlottenburg, 31. Jan. 1917.
Der Kassenvorstand.
gez.: Felsch.

643

Auf den Schulweg
sollten Sie ihren Kindern einige Wybert-Tabletten mitgeben, um sie vor den Folgen rauher Witterung zu bewahren.

Wybert TABLETTEN

sind mit feinster Lakritze und edler Pfefferminze hergestellt und bewirken durch erhöhten Speichelfluß Desinfektion auf natürliche Weise, ein wichtiges Erfordernis bei Ansteckungs- und Erkältungsgefahr.

Original-Schachtel in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.—. Die Firma Dr. H. & Dr. P. Geiger in St. Ludwig i. E. versendet gratis und portofrei eine reizende Bonbonniere von Alpaka-Silber gegen 20 Gutscheine aus Wybert-Schachteln.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof

Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Glühpunsch
Liter 2,00 M.

1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches Getränk. Billiger als Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas Warmes stellt sich auf 5 Pf.
das beste tägliche Getränk in jedem Haushalt
Es wird höfl. gebeten, möglichst Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen.
H. Krömer,
Berlin N, Oranienburger Str. 66.
2. Verkaufsstelle:
Reinickendorfer Straße 100.

Lagerbier
Ersatz ist
Metus-Gold,
Schaum u. Farbe wie Lagerbier.

Malzbier
Ersatz ist
Metus-Caramel
vollmundig, süffig, nahrhaft und wohlschmeckend.
Beid. Getränke sind ges. geschützt, werden unt. Garantie weder trübe noch sauer.
Cider-Trank, Apfelgetränk v. Apparat.
Bieruntersetzer auf Wunsch grat.
Versand auch nach außerhalb nicht unter 5 Liter.
Man verl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin,
Marsiliusstr. 21.
Fernspr. Königstadt 2949.

Zigaretten
direkt von der Fabrik zu Originalpreisen

100 Zig.	Kleinverkauf	1,0	Pfg.	1,60
100	„	3	„	2,30
100	„	3	„	2,50
100	„	4,2	„	3,20
100	„	6,2	„	4,60

Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stück an.
Zigarren prima Qualitäten, von 100,— b. 200,— M. p. Mille
Goldenes Haus Zigarettenfabrik
G. b. m. H.
Berlin, Friedrichstraße 89.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Monbijoustraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.